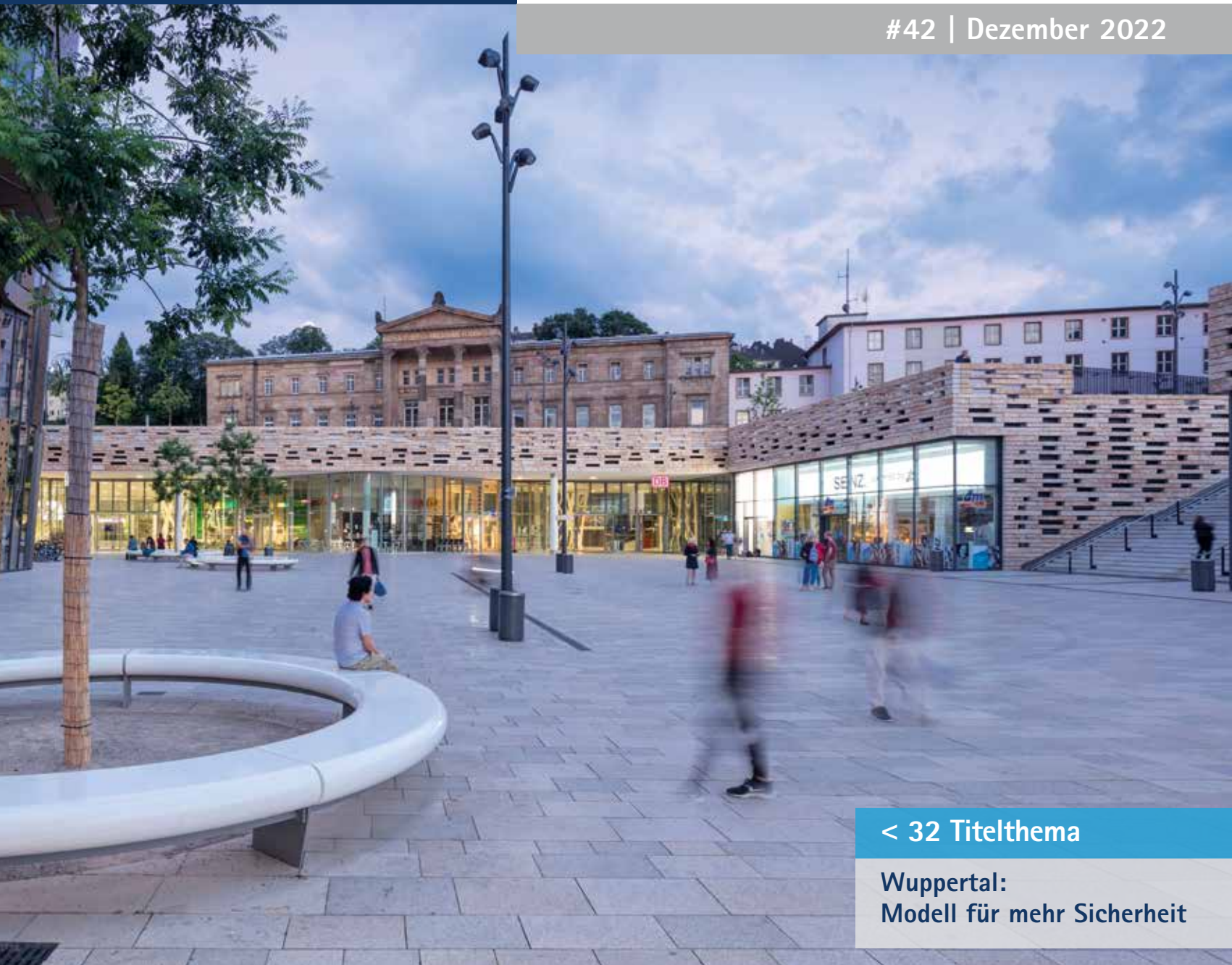




LEBENDIGE STADT

JOURNAL

#42 | Dezember 2022



< 32 Titelthema

Wuppertal:
Modell für mehr Sicherheit

< 6

Berliner Kongress:
Städte in der
Transformation

< 16

Digitale Verwaltung:
Wien und München
als Vorbilder

< 18

Stiftungspreis:
Die engagierte
Stadtgesellschaft

< 22

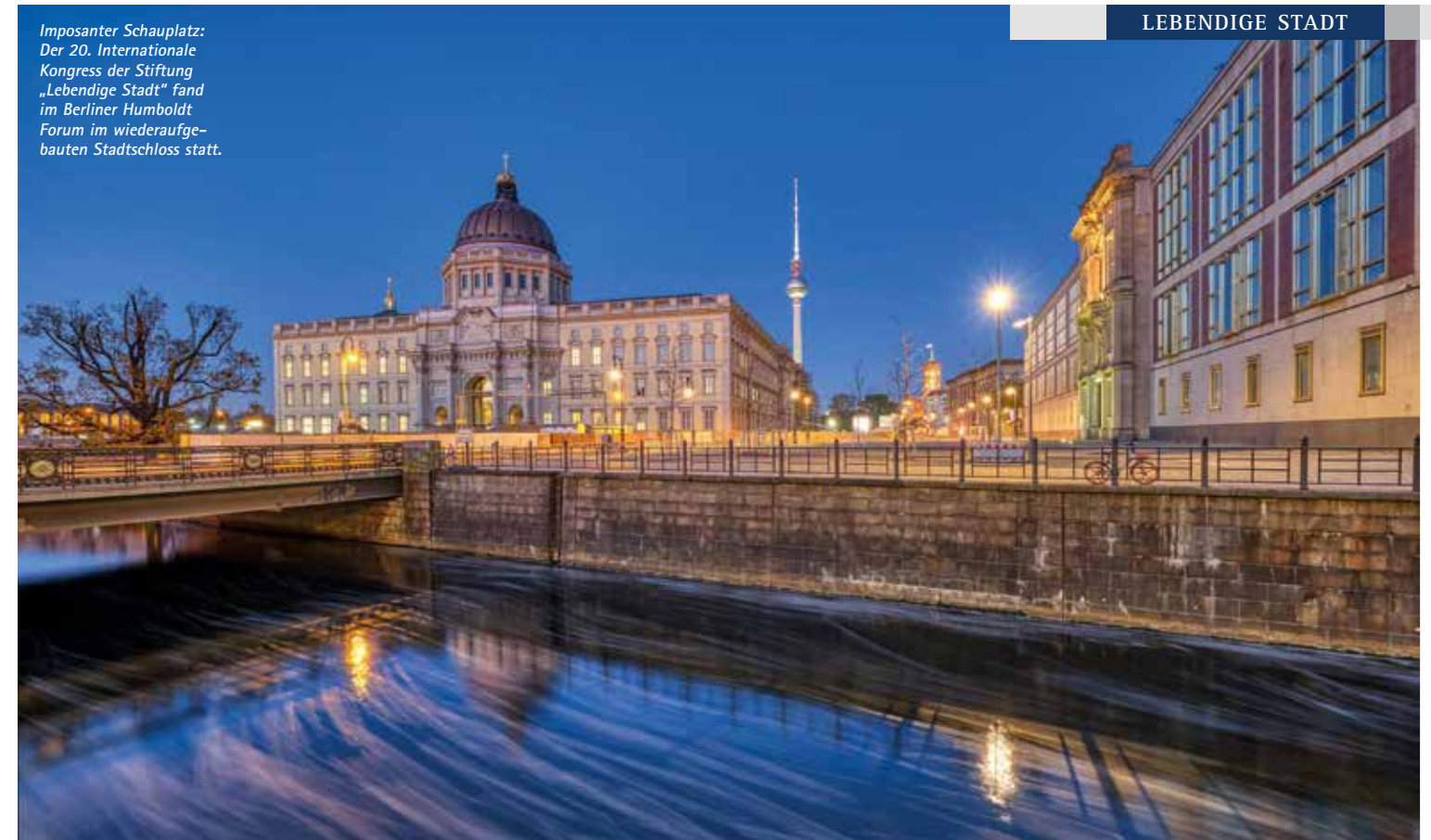
Runder Tisch:
Klimafreundliche
Mobilität

< 38

Kanzlergipfel:
Bezahlbares Bauen
und Wohnen



Fotos: picture alliance (2) / Robert Heinemann / Titelbild – Architektur: JSWD, Foto: Axel Hartmann



Imposanter Schauplatz:
Der 20. Internationale
Kongress der Stiftung
„Lebendige Stadt“ fand
im Berliner Humboldt
Forum im wiederaufge-
bauten Stadtschloss statt.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Endlich zurück! Erstmals seit 2019 gab es in diesem Jahr wieder einen Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“. Schauplatz der 20. Internationalen Städtekonferenz war das Humboldt Forum im wiederaufgebauten Berliner Stadtschloss. Im Mittelpunkt der Agenda standen die Themen Klimawandel, Resilienz und Digitalisierung. Welche Anregungen und Ideen die rund 300 Konferenzgäste mit nach Hause nehmen konnten, erfahren Sie ab Seite 6.

Digitale Verwaltung! Klingt trocken? Nicht, wenn man sich mit Dr. Laura Dornheim, Chief Digital Officer und IT-Referentin der Stadt München, und Klemens Himpele, Chief Information Officer der Stadt Wien, unterhält. Beide haben sich bei der Digitalisierung ehrgeizige Ziele gesetzt. Im Journal-Interview sprechen sie über die Herausforderungen von Großstadt-Bürokratien, über ihre Visionen und ihre Freude an der digitalen Transformation (Seite 16).

Ebenfalls in Berlin verlieh die „Lebendige Stadt“ ihren diesjährigen Stiftungspreis. Gewürdigt wurde ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021. Wer bei der Preisverleihung im Humboldt Forum jubeln konnte, lesen Sie ab Seite 18.

Wie lässt sich Mobilität klimaneutral und umweltfreundlich gestalten? Darüber diskutierten auf Einladung der Stiftung am Runden Tisch in Hamburg Oberbürgermeister, Verkehrsexperten

und Stadtplaner (Seite 22). Als Grundlage der Diskussion diente eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zum Mobilitätsverhalten in Deutschland (Seite 28). Wie zwei Wohnungsgesellschaften in Bielefeld den Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen attraktiver machen wollen, zeigen wir auf Seite 29.

Um Sicherheit im neugestalteten Bahnhofsviertel geht es in Wuppertal. Dort untersuchten Forschende der Bergischen Universität, welche Faktoren das Sicherheitsempfinden

der Bevölkerung beeinflussen. Die Stiftung „Lebendige Stadt“ hat dieses Forschungsprojekt gefördert – die Ergebnisse sind jetzt in einem Handbuch zusammengefasst (Seite 32).

Außerdem erfahren Sie in dieser Journalausgabe, wie die norwegische Unternehmerlegende Olav Thon und Schleswig-Holsteins ehemaliger Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mit Pfandlotterien Einnahmen für humanitäre Zwecke generieren (Seite 30). Ein Traum für Radler könnte in Berlin wahr werden – dort ist unter einem denkmalgeschützten Hochbahnviadukt eine überdachte Fahrradbahn angedacht (Seite 34). Bezahlbares Bauen und Wohnen – wie das in einer gemeinsamen Kraftanstrengung beschleunigt werden soll, erklärt Bundesministerin Klara Geywitz in ihrem Gastbeitrag auf Seite 38.

Und jetzt wünschen wir Ihnen viel Freude mit dieser neuen Ausgabe des Journals „Lebendige Stadt“.



Die Stifterin Inga Maren Otto hat den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses mit einer Millionenspende unterstützt – hier am Rande des Kongresses mit ihrem Sohn Alexander Otto, dem Gründer und Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftung „Lebendige Stadt“.

Links:
Die Große Halle im
Berliner Humboldt Forum.

Titelbild:
Der neugestaltete Bahn-
hofsvorplatz in Wuppertal.

Die Stiftung „Lebendige Stadt“

Stiftungsrat

Vorsitzende:

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB,
Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

Stv. Vorsitzende:

Dr. Monika Griefahn,
Geschäftsführerin Monika Griefahn GmbH
Institut für Medien Umwelt Kultur,
Ministerin a.D.

Weitere Mitglieder:

Dr. Volker Breid,
Geschäftsführer F.A.Z. GmbH
Andreas Breitner,
Direktor Verband norddeutscher
Wohnungsunternehmen
Kirsten Bruhn,
ehem. Leistungsschwimmerin
Rolf Buch,
Vorstandsvorsitzender Vonovia
Michael Busch,
Sprecher der Gesellschafterversammlung
Thalia Bücher
Olaf Cunitz,
Leiter Quartiersentwicklung GWH
Wohnungsgesellschaft Hessen,
Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.

Garrelt Duin,
Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer
Köln, Minister a.D.
Simone von Ehren,
Baumschule Lorenz von Ehren
Kristina Frank,
Kommunalreferentin Stadt München

Arved Fuchs,
Polarforscher
Andreas Geisel,
Senator für Stadtentwicklung,
Bauen und Wohnen Berlin
Thomas Geisel,
Oberbürgermeister a.D. Düsseldorf
Joachim Herrmann, MdB,
Bayerischer Staatsminister des Innern,
für Sport und Integration
Dr. Daniel Holz,
Vice President EMEA North at Google Cloud

Dr. Eckart John von Freyend,
Ehrenpräsident Institut der Deutschen
Wirtschaft

Burkhard Jung,
Oberbürgermeister Leipzig,
Vizepräsident Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe
Dr. Stephan Keller,
Oberbürgermeister Düsseldorf
Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch,
Ministerpräsident a.D.
Thomas Kufen,
Oberbürgermeister Essen

Markus Lewe,

Oberbürgermeister Münster,
Präsident Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup,
ehem. Geschäftsführungsvorsitzender
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
Dorothee Martin, MdB,

verkehrspolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Frank Mentrup,
Oberbürgermeister Karlsruhe
Dr. Frank Nopper,
Oberbürgermeister Stuttgart
Aygül Özkan,
Geschäftsführerin ZIA Deutschland,
Ministerin a.D.

Marcel Philipp,
persönlich haftender Gesellschafter
e.Mobility.Hub,
Oberbürgermeister a.D. Aachen
Henriette Reker,
Oberbürgermeisterin Köln
Veronika Rücker,
ehem. Vorstandsvorsitzende
Deutscher Olympischer Sportbund
Dr. Dieter Salomon,
Hauptgeschäftsführer IHK Südlicher
Oberhein

Olaf Schabirosky,
CEO Hermes Germany
Josef Schmid, MdB,
Zweiter Bürgermeister a.D. München
Jan Schneider,
ehem. Stadtrat Frankfurt a. M.
Bärbel Schomberg,
CEO und Gesellschafterin Schomberg & Co.

Real Estate Consulting
Mike Schubert,
Oberbürgermeister Potsdam
Mario Schüttauf,
GF Commerz Real Investmentgesellschaft
Andreas Schwarz, MdB,
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/
Die Grünen Baden-Württemberg
Prof. Dr. Burkhard Schwenker,
Chairman Advisory Council Roland Berger

Ullrich Sierau,
Oberbürgermeister a.D. Dortmund
Nurhan Soykan,
stellv. Vorsitzende Zentralrat
der Muslime in Deutschland
Yehuda Teichtal,
Rabbiner Jüdische Gemeinde zu Berlin
Dr. Michael Vesper,
ehem. Vorstandsvorsitzender Deutscher
Olympischer Sportbund, Minister a.D.

Prof. Jörn Walter,
Oberbaudirektor a.D. Hamburg
Dr. Joachim Wieland,
CEO Aurelis Real Estate
Prof. Dr. Roland Wöller,
Innenminister a.D. Sachsen

Kuratorium

Vorsitzender:

Alexander Otto,
CEO der ECE Group
Stv. Vorsitzende:
Hildegard Müller,
Präsidentin Verband der Automobilindustrie

Weitere Mitglieder:
Gunther Adler,
Geschäftsführer Autobahn GmbH
des Bundes
Torsten Albig,
Geschäftsführer Bundesverband
Deutscher Postdienstleister,
Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein
Andreas Engelhardt,
persönlich haftender Gesellschafter
Schüco International KG
Joachim Göres
(Journalist)
Sitz der Redaktion:
Saseler Damm 39
22395 Hamburg
Tel: 040/60876162
Internet: www.lebendige-stadt.de
E-Mail: redaktion@lebendige-stadt.de
Art Direction und Layout:
Heike Roth
Produktion & Druck:
BildBauKONTOR Post & Production
GmbH, Hamburg
Langebartels & Jürgens
Druckereigesellschaft mbH, Hamburg

Vorstand

Vorsitzender:

Dr. Andreas Mattner,
Präsident ZIA Deutschland
Weitere Mitglieder:
Michael Batz,
Theatermacher und Szenograf
Friederike Beyer,
Geschäftsführerin Beyer PR Event
Dr. h.c. Peter Harry Carstensen,
Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein
Robert Heinemann,
Managing Director, ECE Group Services
Wolfgang Kopitzsch,
Bezirksamtsleiter Hamburg-Nord a.D.,
Polizeipräsident a.D.
Dr. Eva Lohse,
Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen,
Präsidentin Deutscher Städtetag a.D.
Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma,
Oberbürgermeister a.D. Köln

Impressum

Journal „Lebendige Stadt“
Nr. 42 / Dezember 2022

Herausgeber:
Stiftung „Lebendige Stadt“
Saseler Damm 39
22395 Hamburg

Redaktion:
Ralf van der Heide
(Chefredakteur, verantw.),
Andrea Peus
(Stellv. Chefredakteurin)

Autoren dieser Ausgabe:
Rando Aust
(Vorstandsbevollmächtigter
Stiftung „Lebendige Stadt“),
Klara Geywitz,
(Bundesministerin für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen),
Joachim Göres
(Journalist)
Sitz der Redaktion:
Saseler Damm 39
22395 Hamburg
Tel: 040/60876162
Internet: www.lebendige-stadt.de
E-Mail: redaktion@lebendige-stadt.de

Art Direction und Layout:
Heike Roth

Produktion & Druck:
BildBauKONTOR Post & Production
GmbH, Hamburg
Langebartels & Jürgens
Druckereigesellschaft mbH, Hamburg

Auflage:
17.000 Exemplare

Das Journal „Lebendige Stadt“
erscheint zweimal im Jahr.

Datenschutz:
Informationen zum Datenschutz
erhalten Sie unter
www.lebendige-stadt.de/datenschutz.
Falls Sie das Journal „Lebendige Stadt“
zukünftig nicht mehr erhalten wollen,
können Sie Ihren Widerruf an
datenschutz@lebendige-stadt.de
oder postalisch an
Stiftung „Lebendige Stadt“,
Saseler Damm 39,
22395 Hamburg richten.



Inhalt



6
Explosives Gemisch:
Beim 20. Kongress der Stiftung
„Lebendige Stadt“ im Berliner
Humboldt Forum standen die
Themen Klimawandel,
Resilienz und Digitalisierung
im Mittelpunkt.



29
Mietvertrag mit ÖPNV-Ticket:
Zwei Wohnungsgesellschaften
in Bielefeld integrieren eine
stark vergünstigte Monatskarte
in ihre Mietverträge.



14
Grüner Wolkenkratzer:
Der Hochhauskomplex „Valley“
in Amsterdam ist mit 13.000
Pflanzen und Bäumen begrünt
und erinnert an eine
zerklüftete Berglandschaft.



30
Zurück bringt Glück:
Die norwegische Unternehmer-
legende Olav Thon und
Schleswig-Holsteins ehemali-
ger Ministerpräsident
Peter Harry Carstensen
zeigen, wie mit einer
Pfundlotterie humanitäre Hilfe
geleistet werden kann.



16
Digitale Verwaltung:
Wie kann die digitale Trans-
formation von Großstadt-
Bürokratien gelingen? Das ver-
raten im Interview
Dr. Laura Dornheim, CDO
und IT-Referentin der Stadt
München, und Klemens
Himpele, CIO der Stadt Wien.



32
Modell für mehr Sicherheit:
In Wuppertal hat die Stiftung
„Lebendige Stadt“ ein
Forschungsprojekt für mehr
Sicherheit im Bahnhofsumfeld
gefördert – die Ergebnisse
sind jetzt in einem Handbuch
zusammengefasst.



18
Engagierte Stadtgesellschaft:
Die Stadt Crivitz in
Mecklenburg-Vorpommern ist
für ihr gesellschaftliches
Engagement während der
Corona-Pandemie mit
dem Stiftungspreis 2022
ausgezeichnet worden.



34
Ein Traum für Radler:
Unter einem denkmal-
geschützten Hochbahnviadukt
könnte Berlins erste
überdachte Fahrradbahn
entstehen.



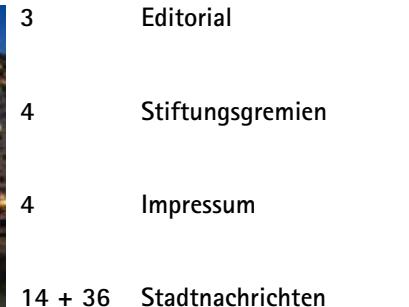
22
Runder Tisch in Hamburg:
Wie lässt sich Mobilität klima-
neutral und umweltfreundlich
gestalten? Darüber diskutierten
auf Einladung der Stiftung
Oberbürgermeister, Verkehrs-
experten, und Stadtplaner.



38
Bezahlbarer Wohnraum:
Mit einer großen Bau-,
Investitions- und Innovations-
offensive will der Bund
schnell möglichst viele
bezahlbare und klimagerechte
Wohnungen schaffen.



28
Mobilitätswende:
Im Auftrag der „Lebendigen
Stadt“ untersuchte das
Meinungsforschungsinstitut
Forsa das Mobilitätsverhalten
in Deutschland.



3 Editorial

4 Stiftungsgremien

4 Impressum

14 + 36 Stadtnachrichten

VON ANDREA PEUS

„Ein explosives Gemisch“

Klimawandel, Resilienz, Digitalisierung – die Städte stehen vor umfassenden Veränderungen. Doch was müssen Städte und Kommunen konkret tun, um besser zu werden? Darüber diskutierten beim 20. Internationalen Kongress der Stiftung „Lebendige Stadt“ rund 300 Entscheidungsträger aus Städten, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft im Humboldt Forum im wiederaufgebauten Berliner Stadtschloss. ➤

LEBENDIGE STADT



Alexander Otto,
Kuratoriumsvorsitzender
der Stiftung
„Lebendige Stadt“.



Sören Bartol,
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium für
Wohnen, Stadtent-
wicklung und Bauwesen.



Sascha Lobo, Autor,
Blogger und Journalist.



Aufmerksame Zuhörer bei der
Stiftungskonferenz in Berlin.



Dr. Andreas Mattner,
Vorstandsvorsitzender
der Stiftung
„Lebendige Stadt“.



Dr. Laura Dornheim,
Chief Digital Officer
und IT-Referentin
der Stadt München.



Klemens Himpele,
Chief Information
Officer der Stadt Wien.

Da kommt ein explosives Gemisch auf uns zu“, warnte Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, in seinem Eröffnungsreferat. Flutkatastrophen, Wohnungsmangel, schlechte Luftqualität und heißer Asphalt – all das seien Störungen, auf die man sich zukünftig in den Städten vorbereiten müsse, sagte Bartol.

Doch was müssen Städte und Kommunen konkret tun, um resilienter zu werden? Wie nehmen sie dabei die Menschen mit? Und wie können die Städte die Ursachen und Folgen des Klimawandels bewältigen und bei der Digitalisierung aufholen? Mit diesen zentralen Fragen hatte Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, zuvor die Kongressgäste im Berliner Humboldt Forum begrüßt und zu einem lebendigen Erfahrungs- und Ideenaustausch aufgefordert.

„Rund 40% der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus dem Gebäudesektor“

Als einen der größten Klimasünden bezeichnete Sören Bartol die Bauindustrie: „Rund 40 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus dem Gebäudesektor.“ Würde man Beton als eigenständiges Land werten, hätte es nach China und den USA die dritthöchsten CO₂-Emissionen weltweit. „Umso wichtiger ist es, dass alles, was wir neu bauen, nachhaltig, klimaneutral oder sogar klimapositiv wird“, so Bartol. Dafür gebe es bereits vielversprechende Ansätze, insbesondere der Holzbau werde künftig eine wichtigere Rolle spielen.

Digitale Verwaltungen – und der Mensch im Mittelpunkt

Auch die Digitalisierung von Verwaltungen steht bei den Städten ganz

oben auf der Agenda. So präsentierten die beiden Referenten Dr. Laura Dornheim, Chief Digital Officer aus München, und Klemens Himpele, Chief Information Officer aus Wien, die ehrgeizigen Digitalisierungspläne für ihre Stadtverwaltungen. Wien war für seine ganzheitliche Strategie schon 2018 als „digitalste Stadt“ mit dem Stiftungspreis der „Lebendigen Stadt“ ausgezeichnet worden und hat seitdem viele weitere seiner Vorhaben erfolgreich umgesetzt.

Beide Referenten zeigten, dass die digitale Transformation nicht nur ein herausfordernder, sondern auch ein spannender Prozess sein kann. Dabei müsse der Mensch stets im Mittelpunkt aller Planungen stehen. Im Gespräch mit dem Journal „Lebendige Stadt“ sprachen sie über ihre Erfahrungen mit Großstadt-Bürokratien und über ihre Ziele und Visionen. Das Interview mit Dr. Laura Dornheim und Klemens Himpele lesen Sie auf Seite 16.

„Deutschland ist das Land der Sorgfalt, nicht das der Geschwindigkeit“

Für die „gruselige deutsche digitale Infrastruktur“ sei vor allem die langsame Glasfaserdurchdringung verantwortlich, beklagte Sascha Lobo, Autor, Blogger und Journalist. Hier sei Deutschland im internationalen Vergleich weit abgeschlagen, gleichauf mit Angola. „Deutschland ist das Land der Sorgfalt, nicht das der Geschwindigkeit“, sagte Lobo. Dass das nicht immer hilfreich sei, hätte sich in Berlin während der Corona-Pandemie gezeigt. Gerade einmal 15 Prozent der „städtischen Workforce“ sei in der Lage gewesen, von zu Hause zu arbeiten. Sein Appell an die Kongressteilnehmer: „Bildet Banden!“ Die Vielzahl der Herausforderungen könne niemand allein bewältigen. Gleichzeitig sei es „absolut essenziell, Geld in die Hand zu nehmen. Wir müssen in die kommunale Infrastruktur investieren“, forderte Lobo. ➤



Bürgermeister-Runde:
(von links) Moderatorin
Sarah Schlesinger,
Markus Lewe (Münster),
Sibylle Keupen (Aachen) und
Mike Schubert (Potsdam).

BÜRGERMEISTER-RUNDE



» Wie gelingt
die Transformation?
Was sind die
To-dos der Städte?

Moderation: Sarah Schlesinger,
CEO blackprintpartners GmbH



» Die vorhandenen
Strukturen sind den Heraus-
forderungen nicht mehr
gewachsen. Hier gilt es,
Schnellboote ins Wasser zu
setzen ...
Für die Themen Mobilität
und Klimaanpassung
brauchen wir Schwarm-
intelligenz – ohne
die schaffen wir es nicht.

Markus Lewe, Oberbürgermeister von
Münster und Städtetagspräsident



» In den Verwaltungen
brauchen wir Mut und
Freiheit ...
Wir müssen jetzt investieren,
denn je länger wir warten,
desto teurer wird es.

Sibylle Keupen,
Oberbürgermeisterin von Aachen



» Wir müssen mit den
Bürgern Lösungen ent-
wickeln – interdisziplinär
und interkommunal ...
Es braucht Verwaltungen, die
Bürgernähe schaffen.

Mike Schubert,
Oberbürgermeister von Potsdam

Gebäudefassade als Luftfilter

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für grüne, lebenswerte Innenstädte. Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung, stellte in Berlin unter anderem ein Projekt vor, bei dem die Gebäudefassade als Luftfilter fungiert.

Um die Luftemissionen in den Städten zu senken, hat die ECE Group auf ihrem Unternehmenscampus in Hamburg vor zwei Jahren ein Pilotprojekt gestartet. Bei diesem wurde an einer Bürohausfassade an einer vielbefahrenen Straße eine 70 Quadratmeter große Textilmembran installiert. Diese filtert und spaltet die Stickoxide aus der Luft durch Photokatalyse. Das restliche Nitrat wird mit dem Regenwasser in den Boden gespült. Dieser Prozess ist Messungen zufolge völlig unbedenklich – und die Luft rund um das Gebäude bis zu 30 Prozent sauberer. Die RWTH Aachen hat das Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet.

Aktuell ist die ECE Group mit der Stadt Köln im Gespräch, um an einem öffentlichen Gebäude eine rund 400 Quadratmeter große Membranfläche zu testen. Die Stiftung „Lebendige Stadt“ fördert und koordiniert das Projekt gemeinsam mit dem Membranhersteller Schüco und dem Forschungsinstitut Jülich.



Christian Kühn,
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz.

Finanzielles Sofortpaket für Klimaanpassungen

Bund und Länder müssen den Kommunen helfen. Denn Klimaanpassungen kosten Geld – und hier bräuchten die Kommunen einen verbindlichen Rahmen, um die erforderlichen Maßnahmen auch finanzieren zu können, forderte Christian Kühn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucher-

schutz. „Deshalb haben wir für diese Wahlperiode ein Sofortpaket für Klimaanpassungen von 60 Millionen Euro angelegt, damit die Städte Konzepte entwickeln können“, so Kühn. Das Umweltministerium werde zudem ein Anpassungsgesetz auf den Weg bringen, welches neben einer Strategie auch messbare Ziele beinhalte. Zusätzlich würden für Renaturierungsmaßnahmen vier Milliarden Euro zur Verfügung stehen. „So viel gab es für den Naturschutz noch nie“, versicherte Kühn. ➤

Fotos: Ulrik Eichentopf

Podiumsdiskussion:
(von links) Moderatorin Birgit Detig, Prof. Dr. Elisabeth Merk (Stadtbaurätin München), Andreas Geisel (Stadtentwicklungssenator Berlin), Andreas Engelhardt (Persönlich haftender Gesellschafter der Schüco International KG) und Arnoud Molenaar (Chief Resilience Officer Rotterdam).



DISKUSSIONSRUNDE



» Wie bauen wir resiliente Städte?

Moderation: Birgit Detig, Prokuristin Arcadis Germany



» Wir müssen die Zentren stärken. Shoppingmeilen werden nicht die Zukunft sein. Hier brauchen wir andere Lösungen ... Paris hat viel buntere Geschäfte als wir hier in Berlin. Das liegt daran, dass regionale Anbieter günstigere Mieten zahlen. Hier suchen wir gerade nach Wegen, um die lokalen Zentren in Berlin ähnlich wie in Paris zu fördern.

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Berlin



» Wir müssen mit begrenzten Ressourcen und erneuerbaren Energien nicht nur den Bestand renovieren, sondern auch neu bauen. Das funktioniert nur, wenn wir zusammenarbeiten ... Rotterdam ist deswegen so erfolgreich, weil sie einfach machen. Das ist eine Einstellung, die auch in Unternehmen funktioniert.

Andreas Engelhardt, persönlich haftender Gesellschafter der Schüco International KG



» Es geht nicht nur darum, resilienter zu werden. Wir müssen auch die Menschen miteinnehmen. Mit der Renaturierung der Isar beschäftigen wir uns in München schon seit den 90er Jahren – und das nicht nur, weil wir erkannt haben, dass wir Probleme mit dem Wasser bekommen, sondern auch, weil wir den Menschen ein Naturerlebnis bieten möchten.

Prof. Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München



» Es ist wichtig, jetzt zu starten, denn sichtbare Projekte inspirieren wieder zu neuen Projekten. Je mehr Unternehmen und Menschen daran beteiligt sind, desto schneller nehmen wir an Fahrt auf ... Wir sind Mitglied im 100 Resilient City Network und lernen hier viel von den Ansätzen anderer Städte.

Arnoud Molenaar, Chief Resilience Officer von Rotterdam

„Für resiliente Städte braucht es Organisation, sichtbare Projekte und Menschen, die mit anpacken“

In der niederländischen Stadt Rotterdam ist man schon einen Schritt weiter. Die Stadt, die sich zu 80 Prozent unter der Meeresoberfläche befindet, hat bereits 2013 als eine der ersten Städte der Welt, ein Klimaanpassungskonzept entwickelt. „Wasser war schon immer auf unserer Agenda“, sagte Arnoud Molenaar, Chief Resilience Officer von Rotterdam. Doch der Klimawandel und das Wasser sind nicht mehr die einzigen Herausforderungen, die in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Stadt haben könnten. Daher hat Rotterdam sechs Krisen identifiziert, zu denen neben dem Klimawandel auch der Rückgang der biologischen Vielfalt gehört ebenso wie die Zunahme der sozialen Ungleichheit, die zunehmende Umweltverschmutzung und die Verknappung von Rohstoffen sowie die Zunahme von Cyber-Bedrohungen. Für all das gelte es Projekte zu entwickeln, die gleich mehrere Maßnahmen gleichzeitig miteinander verknüpfen. Neben zahlreichen anderen Best-Practice-Beispielen stellte Molenaar auch einen zwei Kilometer langen Park vor, der ähnlich wie die New Yorker Highline auf einer früheren Hochbahn entstehen soll. „Ein Ökokorridor mit-



Online zugeschaltet:
der Schriftsteller
Frank Schätzing.

ten in der Stadt, der auch auf das Wohlbefinden der Menschen einzahlt“, so Molenaar.

Zum Abschluss des 20. Kongresses der Stiftung „Lebendige Stadt“ nahm der Schriftsteller Frank Schätzing sein Publikum mit auf eine visionäre Reise ins Jahr 2050. Sprachgewaltig

und unterhaltsam ermutigte er die anwesenden Entscheider aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft, ins Handeln zu kommen.

Weitere Informationen zum Berliner Stiftungskongress gibt es im Internet unter www.lebendige-stadt.de.

Fotos: Ulrik Eichentopf



Jahrestagung der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Hamburg: (von links) Anika Kinder (Lebendige Stadt), Rando Aust (Lebendige Stadt), Dr. Hanspeter Georgi (Minister a.D.), Madleen Beck (Lebendige Stadt), Arved Fuchs (Polarforscher), Alfons Hörmann (ehem. DOSB-Präsident), Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma (OB a.D. Köln), Thomas Geisel (OB a.D. Düsseldorf), Klaus-Peter Hesse (Lebendige Stadt), Andreas Schwarz (Mdl., B'90/Die Grünen Baden-Württemberg), Veronika Rücker (ehem. DOSB-Vorstandsvorsitzende), Dr. Eckart John von Freyend (Ehrenpräsident Institut der Deutschen Wirtschaft), Kristina Frank (Kommunalreferentin Stadt München), Ullrich Sierau (OB a.D. Dortmund), Alexander Otto (Kuratoriumsvorsitzender Lebendige Stadt), Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MdB, FDP-Bundesvorstandsmitglied), Gunther Adler (GF Autobahn GmbH des Bundes), Dorothee Martin (MdB), Andreas Breitner (Dir. Verband norddt. Wohnungsunternehmen), Aygül Özkan (GF ZIA Deutschland), Thomas Lauritzen (Schüco), Bärbel Schomberg (Schomberg & Co. Real Estate Consulting), Marcel Philipp (OB a.D. Aachen), Dr. Monika Griefahn (Ministerin a.D.), Torsten Albig (Ministerpräsident a.D.), Dr. Andreas Mattner (Vorstandsvorsitzender Lebendige Stadt), Garrelt Duin (Haupt-GF Handwerkskammer Köln), Olaf Schabirsky (CEO Hermes Germany), Kirsten Bruhn (ehem. Leistungsschwimmerin), Michael Batz (Theatermacher), Dr. Eva Lohse (OB a.D. Ludwigshafen), Wolfgang Kopitzsch (Polizeipräsident a.D.), Friederike Beyer (GF Beyer PR Event), Robert Heinemann (ECE Group Services), Olaf Cunitz (GWH Wohnungsgesellschaft Hessen), Dr. Dieter Salomon (Haupt-GF IHK Süd. Oberhein) und Hildegard Müller (VDA-Präsidentin).

Stadtnachrichten

Strack-Zimmermann neue Ratsvorsitzende

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist neue Stiftungsratsvorsitzende der Stiftung „Lebendige Stadt“. Sie folgt dem früheren saarländischen Wirtschaftsminister Dr. Hanspeter Georgi, der das Amt 16 Jahre führte und altersbedingt aus der Stiftung ausscheidet. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags ist seit 2016 Mitglied des Stiftungsrates und bringt auch ihre kommunalpolitische Expertise als Stadträtin und ehemalige Bürgermeisterin in Düsseldorf ein. Neue Mitglieder in den Gremien der Stiftung „Lebendige Stadt“ sind: Gunther Adler, Geschäftsführer Autobahn GmbH und Staatssekretär a.D., Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Berlin, sowie Dorothee Martin, Mitglied des Deutschen Bundestags und verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Arved Fuchs: Dem Klimawandel auf der Spur

Beim 12. Extremwetterkongress in Hamburg hat der Polarforscher Arved Fuchs von den Beobachtungen während seiner Expedition „Ocean Change“ berichtet. Der 69-Jährige und seine Crew waren in diesem Jahr dem Klimawandel im Nordatlantik auf der Spur. „Die Temperaturen, die wir gerade auf der zurückliegenden

Etappe gemessen haben, lagen teilweise um drei bis fünf Grad über den zu erwartenden Temperaturen“, sagte Fuchs. Das sei im Ozean extrem viel und habe natürlich erhebliche Auswirkungen – etwa auf das Schmelzen des Eises. Mit der Expedition „Ocean Change“ will Fuchs den Wandel der Ozeane aufspüren, untersuchen und dokumentieren und möglichst viele Menschen darauf aufmerksam machen. Er ist überzeugt: „Wenn wir vor zwanzig Jahren angefangen hätten, in die Erneuerbaren Energien zu investieren und es nicht immer vor uns hergeschoben hätten, dann hätten wir heute diese Energiekrise nicht. Ökologie ist auch Ökonomie.“ Das Projekt „Ocean Change“ hatte Fuchs 2015 gestartet.

Erwärmung in Innenstädten größer

Innenstädte erwärmen sich im globalen Schnitt um 28 Prozent schneller als benachbarte ländliche Gebiete. Zu diesem Ergebnis kommt eine Auswertung von Satellitenmessungen der Oberflächentemperaturen von mehr als zweitausend Städten und entsprechender Vergleichsgebiete aus den Jahren 2002 bis 2021. Nach Kontinenten betrachtet, ergibt sich für Städte in Asien ein Wert von 0,71 Grad während des Tages, während er für Europa bei 0,44 Grad liegt. Die Analyse im Fachmagazin „Communications Earth & Environment“ ergab

auch, dass städtisches Grün den Anstieg mindert.

Ranking: Deutschlands smarteste Städte

Beim „Smart City Index“ des Branchenverbandes Bitkom hat Hamburg seine Spitzenposition verteidigt. Die Hansestadt erzielte 86,1 von 100 möglichen Punkten. Auf den Rängen zwei und drei folgen München (85,3) und Dresden (81,6). Das Ranking bewertet den Fortschritt bei der Digitalisierung der deutschen Großstädte. Auf den Plätzen vier bis zehn rangieren Köln (79,4), Stuttgart (78,1), Nürnberg (77,6 Punkte), Aachen (77,3), Bochum (77,0), Düsseldorf (76,6) und Darmstadt (75,3). Berlin landete mit 75 Punkten auf Rang elf. Analysiert wurden alle 81 deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Im Blick waren dabei fünf Themenbereiche: Verwaltung, IT und Kommunikation, Energie und Umwelt, Mobilität sowie Gesellschaft.

Skyscraper Award für „Valley“ in Amsterdam

Der Wolkenkratzer „Valley“ in Amsterdam ist mit dem Skyscraper Award 2022 ausgezeichnet worden. Der rund 100 Meter hohe Bau stammt vom Architekturbüro MVRDV und besteht aus drei Türmen mit ausragenden Fassaden, die von Berghängen inspiriert sind. Das Gebäude beinhaltet Büros, Woh-

nungen, Geschäfte und kulturelle Einrichtungen. Die Jury war besonders von der architektonischen Gestaltung des Wolkenkratzers beeindruckt: Die Türme würden nahtlos zwischen einer reinen Glasfassade und vorstehenden, mit Stein verkleideten Fenstern und Balkonen an eine zerklüftete Berglandschaft erinnern. Die rauen Ränder des Baus sind mit 13.000 verschiedenen Pflanzen und Bäumen begrünt. Der Skyscraper Award wird seit über 20 Jahren jährlich von Emporis vergeben, einem internationalen Anbieter von Gebäudeinformationen.

Büste erinnert an „Tatort“-Kommissar Schimanski

Mit einer Bronzestatue wird in Duisburg-Ruhrort der von Götz George gespielte legendäre „Tatort“-Kommissar Horst Schimanski geehrt. Die von der Duisburger Künstlerin Carolin Höbing geschaffene und von dem Galeristen Gernot Schwarz finanzierte „Schimmi“-Büste wurde jetzt in der Horst-Schimanski-Gasse enthüllt. Der erste Schimanski-„Tatort“ von 1981 heißt „Duisburg-Ruhrort“. In dem Stadtteil mit Binnenhafen liegen zahlreiche Drehorte. Der Kommissar ist Symbolfigur und Werbeträger für Duisburg geworden. Neben der nach ihm benannten Gasse gibt es auch Kaffee-tassen oder T-Shirts.



Grüner Wolkenkratzer: Der Hochhauskomplex „Valley“ in Amsterdam ist mit 13.000 Pflanzen und Bäumen begrünt und erinnert an eine zerklüftete Berglandschaft.



Fotos: picture alliance (Ossip van Duivenbode) / Thorge Hueter

*Ehrgeizige Ziele:
Dr. Laura Dornheim,
CDO und IT-Referentin
der Stadt München,
und Klemens Himpele,
CIO der Stadt Wien.*

Foto: Ulrik Eichentopf

„Der Mensch im Mittelpunkt“

Digitale Verwaltung! Klingt trocken? Nicht, wenn man sich mit Dr. Laura Dornheim, Chief Digital Officer und IT-Referentin der Stadt München, und Klemens Himpele, Chief Information Officer der Stadt Wien, unterhält. Beide haben sich bei der Digitalisierung ehrgeizige Ziele gesetzt. Im Interview sprechen sie über die Herausforderungen von Großstadt-Bürokratien, über ihre Visionen und ihre Freude an der digitalen Transformation.

„Lebendige Stadt“: Verwaltungsbehörden haben nicht gerade den Ruf, besonders spannend oder unterhaltsam zu sein. Was kann die Digitalisierung daran ändern?

Klemens Himpele: Es ist ja auch nicht die Aufgabe von Verwaltungen zu unterhalten. Wir können die digitalen Tools aber so einsetzen, dass sie die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Die Frage muss immer lauten: Was können wir für die Menschen tun? Wie können wir sie in ihrem alltäglichen Leben unterstützen?

Dr. Laura Dornheim: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss den Menschen dienen. Auch für meine Oma muss es Möglichkeiten geben, digitale Bürgerservices zu nutzen. Was

wir brauchen, sind einfache, nutzerorientierte, digitale Leistungen.

Davon sind wir aber noch weit entfernt – angefangen von umständlichen Prozessen bis hin zu einem kaum verständlichen Behördendeutsch.

Dornheim: Klar, hier stehen wir vor einem gewaltigen Transformationsprozess, bei dem wir nicht zuletzt auch die Menschen in den Behörden mitnehmen müssen. Sie haben oft einen anderen Hintergrund als Leute, die nach der Schule ein Start-up gründen. Und ja, sie sind vielleicht auch nicht immer gleich begeistert, wenn grundlegende Veränderungen anstehen. Das muss man akzeptieren. Auf der anderen Seite haben die Mitarbeitenden mehrheitlich begriffen,

dass die Digitalisierung nicht vor der Verwaltung Halt macht, und sie haben erkannt, dass auch sie von Digitalisierung profitieren.

Inwiefern?

Dornheim: Digitalisierung heißt ja nicht, alle analogen Prozesse eins zu eins online zu stellen. Bei jedem Prozess, den wir digitalisieren, müssen wir uns die Frage stellen, ob es tatsächlich noch jedes einzelne Formular braucht, um beispielsweise Elterngeld zu beantragen. Das ist der erste Schritt – und der zweite: Wie können wir dahin kommen, dass frischgebackene Eltern automatisch, ohne Antrag und Antragsprüfung direkt das Geld überwiesen bekommen?

» **Daten sind die Basis und der Mensch steht im Mittelpunkt.**

Klemens Himpele, CIO der Stadt Wien

Das setzt aber voraus, dass Sie über eine Menge Daten verfügen.

Himpele: Während der Pandemie haben die Wienerinnen und Wiener die digitalen Angebote deutlich besser genutzt. Mit dem Ergebnis, dass wir aufgrund der Daten mehr als zwei Millionen PCR-Tests pro Woche ausgeben konnten, das waren zeitweise so viele wie in ganz Deutschland. Die Menschen haben in der Krise gesehen, was die Stadtverwaltung wirklich kann – und sie haben verstanden: Die Daten sind die Basis für einen niederschweligen Service, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Genau das erwarten sie jetzt auch in anderen Bereichen. Hier müssen wir ansetzen. Den Anfang haben wir mit dem Portal „mein.Wien“ bereits gemacht.

Dornheim: Auch in München arbeiten wir an der Umsetzung unseres Datenbrokers. Ziel ist eine zentrale Da-

tenbank, auf der alle relevanten Daten hinterlegt sind – selbstverständlich mit Einverständnis der Bürgerinnen und Bürger. Diese können dann von allen kommunalen Behörden für die jeweiligen Anwendungen genutzt werden, so dass ich nicht immer per Hand alles neu eintippen muss.

Man lockt sich also in das System ein und alle Daten liegen vor?

Dornheim: Richtig, das ist das Ziel. Das erspart allen, auch den Menschen in den Behörden, viele Arbeitsschritte. Wir sind noch ganz am Anfang, aber ich hoffe sehr, dass das in ein paar Jahren Realität ist. Auf diese Weise können wir den Kontakt mit der Verwaltung für alle Münchnerinnen und Münchner verbessern.

Was heißt das konkret?

Himpele: Wir können den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise Push-Nachrichten mit Hitze- oder Gewitterwarnungen aufs Handy schicken oder sie an bestimmte Termine erinnern. Ein anderes Szenario wäre: Ich suche nach einem Schwimmbad, brauche hierfür aber nicht die Daten von allen Schwimmbädern, sondern – der Logik der Nutzung entsprechend – nur die Daten des Schwimmbads in meiner Nähe. Ein weiteres spannendes Beispiel ist die „Sag's Wien“-App mit über 150.000 Downloads. Bei dieser können die Bürgerinnen und Bürger jederzeit von unterwegs Verschmutzungen, Gefahrenstellen oder Störungen an die Wiener Stadtverwaltung melden – und zwar schnell und unkompliziert.

» **Wir teilen mit den Menschen der Stadt das gemeinsame Ziel, München besser zu machen.**

Dr. Laura Dornheim,
CDO und IT-Referentin der Stadt München

So eine Art Mecker-App? Was bringt mir das?

Himpele: Es reicht natürlich nicht zu sagen, der Spielplatz ist dreckig. Wichtig war hier, die Verwaltungsprozesse so zu verändern, dass die Dinge auch bearbeitet werden. Die Menschen bekommen dann eine Rückmeldung, dass das Thema erledigt ist – oder auch eine Erklärung, warum nicht. Die dabei anfallenden

Informationen erleichtern uns in der Verwaltung die Arbeit. Denn so wissen wir, wo etwas funktioniert und wo nicht.

Dornheim: In München gibt es eine ähnliche Plattform. Sie heißt bei uns „Mach München besser“ und wird ebenfalls rege genutzt. Hier teilen wir als Verwaltung mit den Menschen der Stadt das gemeinsame Ziel, München besser zu machen.

Sind denn alle diese Services mit dem Datenschutz vereinbar?

Himpele: Beim Datenschutz und der Datenschutzgrundverordnung müssen wir sauber arbeiten – und die Dinge gesetzlich klären. Wenn wir Verfahren digital vereinfachen wollen, dann müssen wir die Daten auch abfragen können. Das ist innerhalb der geltenden EU-Regeln möglich und betrifft auch die Nutzung von Bilddaten, mit denen wir einen digitalen Zwilling der Stadt erstellt haben.

Sie meinen, ein virtuelles Abbild der Stadt Wien?

Himpele: Genau. Hierfür haben wir schon zwei Mal ein Fahrzeug durch alle Straßen Wiens fahren lassen, um diese abzufotografieren und zu ver-

messen. Das Ergebnis ist eine datenbasierte Simulation der Stadt mit über 35 Millionen Fotos, auf die die verschiedenen Abteilungen in der Stadtverwaltung Zugriff haben. Das vereinfacht Verfahren im öffentlichen Raum, wie beispielsweise die Beantragung eines Schanigartens. Mit Unterstützung von Künstlicher Intelligenz suchen wir aber auch schon Schlaglöcher in den Straßen. Das ist extrem spannend und erleichtert es uns, Wien lebenswerter, grüner und nachhaltiger zu gestalten.

Wien und München haben sich bis 2025 ehrgeizige Ziele gesetzt. Da wird man Ihnen bei der Digitalisierung Ihrer Verwaltungen regelrecht zusehen können.

Dornheim: Wir müssen das Rad ja nicht immer wieder neu erfinden, sondern können voneinander lernen. Je mehr Best-Practice-Beispiele wir haben, desto besser. Wir werden uns hier sicherlich auch die ein oder andere App aus Wien noch einmal genauer ansehen.

Himpele: So ist es: Wir lernen alle voneinander. Nicht alles klappt gleich auf Anhieb reibungslos. Um so schöner ist es dann, auch mal zu hören: „Cool, das habe ich genutzt, das läuft.“

MÜNCHEN

- Die Verwaltungsbehörde in München: IT-Referat mit 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Stadtverwaltung mit über 40.000 Mitarbeitenden
- Budget: knapp 500 Millionen Euro jährlich, für die IT der Stadt und die Weiterentwicklung der Digitalisierung
- Ziel: Bis 2025 ist München eine zukunftsorientierte und nachhaltig agierende Metropole, die die Digitalisierung aktiv und verantwortungsbewusst zum Wohl der Stadtgesellschaft einsetzt.
- Best-Practice-Beispiele: „Mach München besser!“, „Connected Urban Twins“

WIEN

- Die Verwaltungsbehörde in Wien: Stadtverwaltung mit 84.000 Userinnen und Usern
- Budget: rd. 350 Millionen Euro pro Jahr
- Ziel: Wien möchte bis 2025 Digitalhauptstadt Europas werden
- Best-Practice-Beispiele: „mein.Wien“, „BRISE“, „Kappazunder“
- Wien wurde 2018 für seine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie mit dem Stiftungspreis der „Lebendigen Stadt“ ausgezeichnet.



VON RANDO AUST

Stiftungspreis 2022 Crivitz als engagierte Stadtgesellschaft ausgezeichnet

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ hat die Stadt Crivitz in Mecklenburg-Vorpommern für ihr gesellschaftliches Engagement während der Corona-Pandemie mit dem Stiftungspreis 2022 ausgezeichnet. Insgesamt hatten sich 108 Städte beworben. Anerkennungen gingen nach Bad Neuenahr-Ahrweiler, Danzig, Frankfurt am Main und Hamburg. ➤



Crivitz

In der Stadt Crivitz in Mecklenburg-Vorpommern haben viele engagierte Ehrenamtliche während der Corona-Pandemie auf kreative Weise den Kontakt unter den Bürgerinnen und Bürgern gefördert.



Danzig



In Danzig hilft die Kampagne „Gdanskhelps“ Menschen, die von der Pandemie besonders hart betroffen sind.



Bad Neuenahr-Ahrweiler



Die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler hat in Kooperation mit dem Verein „Die AHRche“ zahlreiche bei der Flutkatastrophe im Sommer 2021 zerstörte Spielplätze wiederhergestellt.



Frankfurt am Main

Im Frankfurter Verein „Zukunft Bockenheim“ kochen Ehrenamtliche vegetarische Mahlzeiten für bedürftige Menschen.



Hamburg



In Hamburg organisierte der Verein „MenschHHamburg“ in der Zeit des Corona-Lockdowns Solidaritäts-Streaming-Shows in der Elbphilharmonie unter dem Motto „Einer kommt, alle machen mit“.

Die Stiftungspreisjury würdigte ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe 2021. Im Fokus stand dabei Engagement, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und bedürftigen Menschen in außergewöhnlichen Situationen hilft. Dabei sollte das Engagement in Kooperation mit der jeweiligen Stadtverwaltung erfolgen. Verbunden ist die Auszeichnung mit einem Preisgeld von 15.000 Euro, jede Anerkennung mit einem Preisgeld von je 1.000 Euro.

„Alle Teilnehmenden haben eindrucksvoll gezeigt, wie groß das Engagement für Menschen in Not ist“, so Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“. Während der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe im vorigen Sommer seien vielerorts spontan Initiativen gegründet worden. Helfende hätten sich beherzt zusammengeschlossen, um zu versorgen, aufzubauen, Spenden zu sammeln oder Trost zu spenden. „Das Engagement leistet einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit unserem Stiftungspreis möchten wir das

Engagement der Helfenden wertschätzen“, sagte Otto.

Die Stiftungspreisverleihung vor 300 Gästen im Berliner Humboldt Forum war hoch emotional. Auch ein Jahr nach dem Ahr-Hochwasser sind die furchtbaren Erlebnisse bei den Preisträgern des Hilfevereins „Die AHRche“ sehr präsent und rührten auch das Publikum zu Tränen. Und Freudenstrahlen über ihren unerwarteten Gewinn flossen bei der Crivitzer Delegation um die ehrenamtlich tätige Bürgermeisterin Britta Brusch-Gamm. Im Ehrenamt steht Brusch-Gamm neben ihrem eigentlich Job rund 100 Angestellten der Amtsverwaltung Crivitz vor. Spon-tan versprach sie den Ahrtalern, mit einem Musiktruck, der schon die Crivitzer während der Corona-Pandemie aufmunterte, ins Ahrtal zu kommen, um ein Konzert zu geben.

Die Festrede bei der Preisverleihung hielt Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz. Laudatoren waren FAZ-Geschäftsführer Dr. Volker Breid, der Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup, Münsters Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Markus Lewe, der ehemalige Parlamentarische

Staatssekretär Florian Pronold und die Schauspielerinnen Sandra Quadflieg.

Sieger des Stiftungspreises: Crivitz

In Crivitz in Mecklenburg-Vorpommern haben während der Corona-Pandemie die Feuerwehr, die Gruppe „Crivitz hilft“ und viele in Vereinen engagierte Ehrenamtliche Wege gefunden, trotz aller Einschränkungen den Kontakt unter den Bürgerinnen und Bürgern aufrechtzuerhalten: Kinder erhielten Osterüberraschungen, Schulkinder und Senioren Mutmachbriefe mit kleinen Aufmerksamkeiten.

Ein besonderes Highlight war der 770. Stadtgeburtstag im vorigen Jahr. Um das traditionelle Stadtfest in der Pandemie überhaupt zu ermöglichen, machte man einen Sattelschlepper zur Festbühne. Unter dem Motto „IHR bleibt zu Haus – wir kommen zu Euch“ fand ein Fensterkonzert statt – ein mobiles, im Internet gestreamtes Konzert mit Live-Musik in den Straßen der Stadt. Die Menschen in Crivitz hatten ihre Häuser bunt geschmückt. Die schönsten wurden von einer Jury prämiert. Ohne die vielen

ehrenamtlichen Helfer wären diese Angebote und Aktivitäten nicht möglich gewesen.

Anerkennung: Bad Neuenahr-Ahrweiler

Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 forderte allein in Bad Neuenahr-Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) 87 Menschenleben. Die Infrastruktur wurde vollständig zerstört. Viele Häuser mussten abgerissen werden oder sind bis heute nicht bewohnbar. Die Ahr-taler kämpfen auch heute noch gegen die seelischen und wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe.

Um für die Kinder Orte zu schaffen, an denen sie spielen können, hat die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler in Kooperation mit dem Verein für Wiederaufbau und Katastrophenhilfe, „Die AHRche“, zahlreiche Spielplätze im Stadtgebiet wiederhergestellt. Freiwillige und städtische Mitarbeitende bildeten ein Projektteam, in dem vom Schreiner über Maurer bis zum Zimmerer unterschiedlichste Kompetenzen vereint wurden. Durch diese Zusammenarbeit konnten die Spielplätze mit neuen, attraktiven Spielgeräten

ausgestattet werden. Knapp anderthalb Jahre nach der Flutkatastrophe sind die Spielplätze in Bad Neuenahr-Ahrweiler fast alle wieder bespielbar.

Der Verein „AHRche“ widmet sich noch weiteren wichtigen Projekten: Dazu zählen die Versorgung der Bevölkerung und Helfer mit Mahlzeiten, die Ausstattung von weit über tausend von der Flut betroffenen Haushalten mit Ein-Raum-Heizungen, der Betrieb eines Werkzeugverleihs und eines Waschsaloons sowie der Aufbau einer temporären Turnhalle, in der Vereins- und Schulsport betrieben wird.

Anerkennung: Danzig

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben auch die polnische Stadt Danzig vor enorme Herausforderungen gestellt. Entstanden ist ein Projekt der Stadt, das ein Vorbild für die Zusammenarbeit zwischen dem privaten, öffentlichen und tertiären Sektor ist: „Gdanskhelps“ ist eine Kampagne, die gemeinsam von der Stadt, der Danzig-Stiftung, dem regionalen Zentrum in Danzig sowie weiteren Einrichtungen und Privat-

personen ins Leben gerufen wurde, um von der Pandemie besonders hart betroffenen Menschen zu helfen.

Etwa 70 Organisationen und eine Vielzahl von Freiwilligen halfen mehreren tausend Menschen der Stadt in ihrer schwierigen Lage. Dabei kamen eine viersprachige Website und eine Helpline zum Einsatz, über die man Unterstützung und Hilfe suchen konnte. Vielfältigste Spenden kamen darüber zusammen. Und auch Notunterkünfte wurden für Menschen bereitgestellt, die häuslicher Gewalt ausgesetzt waren. Außerdem wurden Transporte zu Impfzentren organisiert. Aktuell hilft „Gdanskhelps“ Geflüchteten aus der Ukraine.

Anerkennung: Frankfurt am Main

Im Frankfurter Verein „Zukunft Bockenheim“ kochen 50 Ehrenamtliche freitags bis montags täglich warme, vegetarische Mahlzeiten für 150 Menschen. Dabei ist es dem Verein wichtig, die Vernichtung von Lebensmitteln zu vermeiden. Viele Menschen können sich keine hochwertigen, vollwertigen Nahrungsmittel leisten. In Zusammenarbeit

mit der Frankfurter Tafel sammeln die Ehrenamtlichen verwertbare Lebensmittel und bereiten daraus warme Mahlzeiten zu. Zudem bietet der Ort die Möglichkeit, dass sich Menschen kennenlernen und ins Gespräch kommen.

Anerkennung: Hamburg

Während Hamburgs Kulturschaffende in der Zeit des Corona-Lockdowns alle Auftritte absagen mussten, organisierte der Verein „MenschHHamburg“ ein großes Festival zugunsten privater Theater- und Musikbühnen, der Filmwirtschaft und der Clubkultur in der Hansestadt. Ein Festival, das es so bisher nicht gab: Auf Werbeplakaten wurden große Namen angekündigt, ohne dass ein Auftritt tatsächlich vorgesehen war. Der Erlös der verkauften Tickets diente vielmehr als Spende. Zwei Solidaritäts-Streaming-Shows unter dem Titel „Einer kommt, alle machen mit“ in der von der Kulturbehörde bereitgestellten Elbphilharmonie erbrachten eine Spendensumme von über einer Million Euro. Daraus wurden zudem Kulturgutscheine für Menschen in Pflegeberufen finanziert. Die Aktion bedeutete eine große Stärkung für Hamburgs Kulturlandschaft.

Die Preisjury:

Bernd Holst, Vorstandsvorsitzender, Bürger-helfen-Bürgern e.V., Hamburg

Uwe Lübking, Beigeordneter, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Helga Metzner, 1. Vorsitzende, Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V.

Armin Pialek, Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Rüdiger Ratsch-Heitmann, Geschäftsführer, BürgerStiftung Hamburg

Johann Saathoff, Parlamentarischer Staatssekretär Bundesministerium des Innern und für Heimat

Mike Schubert, Oberbürgermeister Potsdam

Runder Tisch in Hamburg Mobilität neu denken

Wie sieht die Mobilität der Zukunft aus?

Wie lässt sie sich klimaneutral und umweltfreundlich gestalten? Darüber diskutierten am Runden Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“ in Hamburg Oberbürgermeister, Verkehrsexperten, Stadtplaner, Wissenschaftler und Unternehmer. ➤

LEBENDIGE STADT





Von links: Dr. Hanspeter Georgi, ehemaliger Wirtschaftsminister des Saarlandes, und Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes sowie des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion.



Die ehemalige niedersächsische Umweltministerin und Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland, Dr. Monika Griefahn.



Von links: Katrin Juhnke, Geschäftsführerin ProQuartier Hamburg, und Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co. Real Estate Consulting.



Von links: Olaf Schabirasky, CEO Hermes Germany, und Olaf Cunitz, Leiter Quartiersentwicklung bei der GWH Wohnungsgesellschaft Hessen.



Fotos: Thorge Huter

Für die meisten Menschen ist das Auto nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel. Der ÖPNV wird gerade in kleineren Städten und im städtischen Umland nicht als Alternative gesehen. Das sind zwei zentrale Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Stiftung „Lebendige Stadt“. 86 Prozent der Befragten geben an, dass es in ihrem Haushalt mindestens ein Auto gibt. Je kleiner der Ort, desto mehr Autos sind in einem Haushalt vorhanden. Zwei Drittel der Befragten nutzen den ÖPNV selten bis gar nicht. Als Voraussetzung für den Verzicht auf ein eigenes Auto nennen 67 Prozent günstigere Preise für den öffentlichen Nahverkehr, 65 Prozent eine höhere Taktung von Bussen und Bahnen und 59 Prozent bessere Anschlussverbindungen (mehr zur Forsa-Umfrage: Seite 28).

Die Ergebnisse der Forsa-Umfrage bildeten die Grundlage für die Diskussion am Runden Tisch, der in diesem Jahr zum sechsten Mal stattfand. Moderiert wurde die Gesprächsrunde vom scheidenden Stiftungsratsvorsitzenden und ehemaligen Wirtschaftsminister des Saarlandes, Dr. Hanspeter Georgi.

» Wir brauchen eine ideologiefreie Verkehrspolitik

Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“

„Die Umfrage zeigt sehr deutlich: Die Mobilitätswende darf nicht nur aus Sicht der Großstädte geplant werden“, sagte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“. Wenn Oberzentren und Innenstädte auch weiterhin ihre Versorgungsfunktion für Menschen aus kleineren Orten und dem länd-

lichen Raum erfüllen sollten, müssten sie entweder mit dem Auto erreichbar bleiben oder das ÖPNV-Angebot im Umland müsse massiv ausgebaut werden. „Wir brauchen eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die Stadt und ländlichen Raum differenziert betrachtet und pragmatische Lösungen schafft“, forderte Otto.

Der Schlüssel für eine klimaneutrale Mobilität ist aus Sicht von Dietrich Hartmann, Geschäftsführer des Hamburger Verkehrsverbunds, der Ausbau des ÖPNV: „Das Angebot muss stimmen, das ist das Entscheidende.“ Als Vorbild nannte Hartmann das Beispiel Wien. Die Stadt habe vor mehr als 20 Jahren begonnen, ihren öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Das Ergebnis: Inzwischen legen fast 40 Prozent der Wienerinnen und Wiener ihre Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Zum Vergleich: In Berlin und München seien es 25 Prozent, in Hamburg 22 Prozent. In der Hansestadt investiere man daher schon umfangreich in einen klimaschonenden ÖPNV. Die S- und U-Bahnen führen bereits mit Ökostrom. Jetzt sollen auch die Diesel-Busse auf Elektroantrieb umgestellt werden.

Wie bei neuen Quartiersentwicklungen die Mobilitätsanforderungen von Beginn an mitgeplant werden, erläuterte Katrin Juhnke, Geschäftsführerin von ProQuartier, am Beispiel der „Mitte Altona“ in Hamburg. Das Projekt sei in vielerlei Hinsicht Vorbild für eine autoreduzierte Quartiersentwicklung. Juhnke: „Bei Neubauten werden Mobilitätslösungen heute grundsätzlich mitgedacht. Hier haben wir gestalterische Möglichkeiten und können uns ausleben. Es muss aber auch an die Bestandsquartiere gedacht werden – und da ist es nicht ganz so einfach.“

Um das Mobilitätsverhalten der Menschen zu verändern, müssten Lösungen und Alternativen angeboten werden, „die nicht nur in den Städten funktionieren, sondern auch im ländlichen Raum“, forderte Hildegard Müller, Präsidentin vom Verband der Automobilindustrie (VDA). Hier seien „Shuttle-Systeme, die on demand fahren, eine gute Möglichkeit, um zum Arzt und zum Einkaufen zu kommen oder um die Kinder abends sicher nach Hause zu bringen“. Elektroautos allein können das Mobilitätsthema nach Meinung der VDA-Präsidentin nicht lösen, leisten aber „einen entscheidenden Beitrag zur CO₂-Neutralität“. Allerdings brauche es hinsichtlich der Ladeinfrastruktur noch „einen Turbo“. Um die Ziele zu erreichen, müsste das Ausbautempo um das Sechsfache steigen.

Nach Ansicht von Olaf Schabirasky, CEO von Hermes Germany, fehlt bei vielen Menschen noch die Bereitschaft, ihr Mobilitäts- und Konsumverhalten zu ändern. Wenn beispielsweise mehr Kunden ihre Sendungen in Paketshops abholen, „würde das unmittelbar 30 Prozent CO₂ in der Zustellung einsparen“, so Schabirasky. Hermes habe 16.500 Paketshops in Deutschland. Der Weg zu einem Paketshop sei im Durchschnitt nicht mehr als 600 Meter weit. Aktuell seien aber nur vier Prozent der Kunden bereit, zu einem Paketshop zu laufen.

» Planungsbeschleunigung darf nicht nur ein Buzz-Word bleiben

Dorothee Martin, SPD-Bundestagsfraktion

Dorothee Martin, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, forderte nicht nur mehr

Offenheit für Innovationen, sondern auch eine Anpassung der Genehmigungs- und Prüfverfahren. „Planungsbeschleunigung darf nicht nur ein Buzz-Word bleiben“, so Martin. Eine politische und gesellschaftliche Transformation in Richtung Klimaneutralität funktioniert nur, „wenn wir schneller und besser werden“. Entscheidend hierfür sei ein Wandel im Mindset: weg von einer Kultur des Verhinderns, hin zu einer Kultur des Ermöglichens. „Das müssen wir in wirklich jede Amtsstube reinbringen“, so Martin.

Die Verkehrswende sei nicht zu schaffen, „solange wir mit großen, schweren Autos zur gleichen Zeit jeden Morgen mit nur einer Person im Wagen hintereinander herfahren“, sagte Marcel Philipp, Geschäftsführer von e.Mobility.Hub. Es brauche ein „Grundverständnis dafür, dass es schlaunere Möglichkeiten gibt, sich fortzubewegen.“ Die Lücke zwischen Linienbusangebot und Individualverkehr müsse mit einer Vielzahl unterschiedlicher Angebote gefüllt werden. Dieser Einschätzung folgte auch Torsten Albig, ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein: „Wir müssen an allen Stellen gleichzeitig anfangen.“ Es gehe darum, überall dort Verkehr zu vermeiden, wo es möglich sei.

Für Olaf Cunitz, Leiter Quartiersentwicklung bei der GWH Wohnungsgesellschaft Hessen, ist die Mobilitätswende nicht allein zu schaffen, indem Menschen auf das Auto verzichten: „Das Ziel ist die Klimaneutralität, und die erreiche ich auch, wenn die Autos mit Ökostrom fahren und CO₂-neutral produziert werden.“ Gerade im ländlichen Raum, wo noch eine „starke Autozentriertheit“ herrsche, gehe es nicht darum, den Menschen etwas



Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.



Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, ehemaliger Ministerpräsident von Hessen.



Kristina Frank, Kommunalreferentin der Stadt München.



Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie.



Aygül Özkan, Geschäftsführerin ZIA Deutschland, und Dietrich Hartmann, Geschäftsführer des Hamburger Verkehrsverbunds.



Dorothee Martin, MdB und verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.



Prof. Jörn Walter, ehemaliger Oberbaudirektor von Hamburg.



Thomas Geisel, ehemaliger Oberbürgermeister von Düsseldorf.



Dr. Eckart John von Freyend, Aufsichtsratsvorsitzender der EUREF AG, und Dr. Eva Lohse, ehemalige Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen.



Von links: Olaf Schabirosky, CEO Hermes Germany, Olaf Cunitz, GWH Wohnungsgesellschaft Hessen, Kirsten Bruhn, ehemalige Leistungsschwimmerin, Torsten Albig, Ministerpräsident a.D. von Schleswig-Holstein, und Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, ehemaliger Oberbürgermeister von Köln.

wegzunehmen, sondern die Mobilität intelligenter zu organisieren, so Cunitz.

Mit Blick auf die „Fridays for Future“-Bewegung sagte der Polarforscher Arved Fuchs: „Die jungen Leute wollen nicht mehr hören, warum etwas nicht funktioniert. Sie wollen Lösungen.“ Er forderte: „Wir müssen von den Emissionen runter, koste es, was es wolle.“ Sein Vorschlag: ein Tempolimit von 120. „Das ist einer der leichtesten Schritte und würde niemandem wehtun.“ Die Forsa-Umfrage belege zudem, dass junge Menschen eher bereit seien, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, als ältere Generationen. „Hier findet bereits ein Umdenken statt“, sagte Fuchs.

Düsseldorfs früherer Oberbürgermeister Thomas Geisel regte an, das knappe Gut Platz in den Städten effizienter zu nutzen. Hier könne ein digitales System für mehr Transparenz sorgen. „Es gibt Tiefgaragen in Büros, die sind tagsüber voll und nachts leer, und Tiefgaragen in Wohngebieten, die sind tagsüber leer und nachts voll.“ Würde man erkennen, wo tatsächlich Platz ist, könnte man diesen entsprechend bepreisen. Ein flächendeckendes System der Parkraumbewirtschaftung würde zudem den sukzessiven Abbau von Parkplätzen ermöglichen und so Raum für Fahrradwege und mehr Grün schaffen.

Hamburgs ehemaliger Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter sieht die Lösung nicht im ÖPNV. Ihn beschäftigt vielmehr die Frage, wie wir „mit einfacheren, billigeren und effizienteren Maßnahmen“ zu einer klimaneutralen Mobilität kommen. Walter bezweifelt, dass die gesteckten Klimaziele angesichts der Investitionen und der noch verbleibenden Zeit zu erreichen sind. Alternativ schlägt er viele kleine Maßnahmen vor, wie eine Temporeduzierung in den Städten und den Ausbau von Fahrradwegen. So könne man beispielsweise „die Nebenstraßen automatisch zu Fahrradwegen machen“, schlug Walter vor.

Einfache Lösungen sind auch für Dr. Monika Griefahn, Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland, ein Schlüssel zum Erfolg. So seien die Pop-up-Radwege während der Pandemie hilfreich gewesen, „um den ÖPNV zu entlasten und die Leute trotzdem mobil zu halten“. Die Digitalisierung und On-Demand-Services seien vor allem für den ländlichen Raum wichtig. Allerdings sei die Elektromobilität überschätzt, wenn es darum gehe, CO₂ einzusparen. „Elektromobilität ist sicherlich sinnvoll für die städtischen Bereiche“, doch man dürfe auch den Materialbedarf nicht außer Acht lassen. So brauche man für jedes Elektroauto allein zwischen 70 und 120 Kilo Kupfer. Hinzu kämen 46 Sorten an Stahl, die aktuell noch nicht recyclingfähig seien.

» Die Politik läuft Gefahr, einen mühsam erreichten Konsens zu gefährden“

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, ehemaliger Ministerpräsident von Hessen

„Aus meiner Sicht läuft die Politik Gefahr, einen mühsam erreichten Konsens durch die Unfähigkeit der Exekution zu gefährden“, warnte Hessens früherer Ministerpräsident Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch. Das zeige sich unter anderem bei der E-Mobilität, die inzwischen in der Bevölkerung mehrheitsfähig sei. „Wenn das funktionieren soll, müssten wir an den Raststätten zwischen 60 und 80 Fahrzeuge parallel laden können“, sagte Koch. Bisher sei das jedoch bei keiner einzigen Raststätte in Deutschland möglich.

Für die Wahl eines Verkehrsmittels sei die Kombination von drei Dingen wesentlich, erklärte Kommunalreferentin Kristina Frank aus München: der Preis, die Verfügbarkeit und die Einfachheit. BMW zeige, wie das aussehen könne. So biete das Unternehmen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an vielen Standorten kostenlose Werkbusse an. Sobald man dort eingestiegen sei und sich mit dem Laptop in das WLAN von BMW eingeloggt habe, werde die Fahrt als Arbeitszeit angerechnet. „Damit hat der Bus alles: Er fährt genau zu meinem Zielort, kostet mich nichts und bringt mir dazu noch

einen großen Nutzen“, sagte Frank.

Dr. Eckart John von Freyend, Aufsichtsratsvorsitzender der EUREF AG, appellierte an die unternehmerische Innovationskraft: „Wir brauchen Unternehmer, die mit aller Kraft und trotz schwieriger Rahmenbedingungen versuchen, Themen möglich zu machen.“ Hierfür gebe es viele Beispiele wie den EUREF-Campus in Berlin, der ein einzigartiges Reallabor der Energiewende sei. Dort arbeiten und forschen über 5.000 Menschen in mehr als 150 Unternehmen, Institutionen und Startups rund um die Themenfelder Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit. „Beispiele wie diese sollten wir als Vorbilder und Vielfältiger immer wieder mit in Diskussionen nehmen“, so von Freyend.

Zusätzlich zu einem verbesserten öffentlichen Nahverkehr in den Städten und auf dem Land müsse es „alternative Angebote geben, die in den Lebensalltag der Menschen passen“, fasste Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, die Ergebnisse der Diskussion am Runden Tisch zusammen. Hierfür brauche es vor allem seitens der Politik Mut. Denn die Mobilitätswende gelinge nur, „wenn wir nicht nur die Digitalisierung, sondern auch die Planungsprozesse beschleunigen“. Wichtig sei auch, die Menschen durch Anreize und eine attraktive Preisgestaltung abzuholen und mitzunehmen.



Veronika Rücker, ehemalige Vorstandsvorsitzende des Deutschen Olympischen Sportbundes, und der Polarforscher Arved Fuchs.

Runder Tisch in Hamburg

Torsten Albig,
Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein
Michael Batz,
Theatermacher und Szenograf
Friederike Beyer,
Geschäftsführerin Beyer PR Event
Andreas Breitner,
Direktor Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen
Kirsten Bruhn,
ehem. Leistungsschwimmerin
Olaf Cunitz,
GWH Wohnungsgesellschaft Hessen, Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.
Garrelt Duin,
Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Köln, Minister a.D.
Kristina Frank,
Kommunalreferentin Stadt München
Arved Fuchs,
Polarforscher
Thomas Geisel,
Oberbürgermeister a.D. Düsseldorf
Dr. Hanspeter Georgi,
Minister für Wirtschaft und Arbeit a.D. Saarland
Dr. Monika Griefahn,
Geschäftsführerin Monika Griefahn GmbH, Ministerin a.D.
Dr. Eckart John von Freyend,
Aufsichtsratsvorsitzender EUREF AG
Dietrich Hartmann,
Geschäftsführer Hamburger Verkehrsverbund
Robert Heinemann,
Managing Director ECE Group Services
Alfons Hörmann,
ehem. Präsident Deutscher Olympischer Sportbund
Katrin Juhnke,
Geschäftsführerin ProQuartier Hamburg
Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch,
Ministerpräsident a.D. Hessen
Wolfgang Kopitzsch,
Polizeipräsident a.D. Hamburg

Dr. Eva Lohse,
ehem. Städtetagspräsidentin, Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen
Dorothee Martin,
MdB, verkehrspolitische Sprecherin SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Andreas Mattner,
Präsident ZIA Deutschland
Hildegard Müller,
Präsidentin Verband der Automobilindustrie
Alexander Otto,
CEO ECE Group
Aygül Özkan,
Geschäftsführerin ZIA Deutschland, Ministerin a.D.
Marcel Philipp,
Geschäftsführer e.Mobility.Hub, Oberbürgermeister a.D. Aachen
Veronika Rücker,
ehem. Vorstandsvorsitzende Deutscher Olympischer Sportbund
Dr. Dieter Salomon,
Hauptgeschäftsführer IHK Südlicher Oberrhein, OB a.D. Freiburg
Olaf Schabirosky,
CEO Hermes Germany
Bärbel Schomberg,
CEO Schomberg & Co. Real Estate Consulting
Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma,
Oberbürgermeister a.D. Köln
Andreas Schwarz,
Fraktionsvorsitzender B'90/Die Grünen Baden-Württemberg
Ullrich Sierau,
Oberbürgermeister a.D. Dortmund
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
MdB, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes
Dr. Michael Vesper,
Minister a.D., ehem. Vorstandsvorsitzender DOSB
Prof. Jörn Walter,
Oberbaudirektor a.D. Hamburg

Wie gestalten wir die Mobilitätswende?

Das Auto ist für die meisten Menschen nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel. Der ÖPNV wird gerade in kleineren Städten und im städtischen Umland nicht als Alternative gesehen. Das sind zwei zentrale Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Umfrage zum Mobilitätsverhalten in Deutschland.



Mobilitätsschere zwischen Stadt und Land: Großstadtverkehr am Potsdamer Platz in Berlin.

Foto: picture alliance (Andreas Gora)

Im Auftrag der Stiftung „Lebendige Stadt“ befragte Forsa vom 8. bis 18. April dieses Jahres insgesamt 1.002 Personen zu ihrem Mobilitätsverhalten. 86 Prozent der Befragten geben an, dass es in ihrem Haushalt mindestens ein Auto gibt. Je kleiner der Ort ist, desto mehr Autos sind in einem Haushalt vorhanden. Dagegen können sich in Städten mit über 500.000 Einwohnern 35 Prozent der Befragten vorstellen, komplett auf ein Auto zu verzichten.

Die Diskrepanz der Umfrageergebnisse zwischen Befragten in großen und kleineren Städten zeigt sich auch in der Bewertung des ÖPNV-Angebots: Gerade in kleineren Orten (unter 5.000 Einwohner) erhält der ÖPNV in puncto Taktung (4,7), Service (3,8) und Erreichbarkeit (3,6) deutlich schlechtere Noten als in Städten mit über 500.000 Einwohnern (Taktung:

2,7, Service: 2,3, Erreichbarkeit: 1,9). Zwei Drittel der Befragten nutzen den ÖPNV selten bis gar nicht. Als Voraussetzung für den Verzicht auf ein eigenes Auto nennen 67 Prozent günstigere Preise für den öffentlichen Nahverkehr, 65 Prozent eine höhere Taktung von Bussen und Bahnen und 59 Prozent bessere Anschlussverbindungen.

Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, sieht die Umfrageergebnisse als deutlichen Beleg dafür, dass die Mobilitätswende nicht nur aus Sicht der Großstädte geplant werden darf: „Die Mobilitätsschere zwischen Stadt und Land müssen wir wieder schließen, damit Oberzentren und Innenstädte ihre Versorgungsfunktion für Menschen aus kleineren Orten und dem ländlichen Raum nicht verlieren. Dazu müssen sie mit dem

Auto erreichbar bleiben. Zugleich muss das ÖPNV-Angebot im Umland massiv verbessert werden“, so Otto.

Fehlende Elektro-Ladeinfrastruktur hemmt Antriebswende

Zunehmende Akzeptanz erfährt hingegen die Elektromobilität – für einen Umstieg bleibt aber die fehlende Ladeinfrastruktur ein wesentliches Hindernis: 42 Prozent der Befragten können sich grundsätzlich einen Umstieg auf ein Elektroauto vorstellen. Männer (51%) sind eher zum Umstieg bereit als Frauen (33%), Westdeutsche (44%) eher als Ostdeutsche (29%), Zweitwagenbesitzer eher als Menschen mit nur einem Auto und Bewohner kleinerer Orte eher als Bewohner von Metropolen. 62 Prozent der Befragten nennen

neben der geringen Reichweite und den hohen Anschaffungskosten insbesondere die unzureichenden Lademöglichkeiten zu Hause und im öffentlichen Raum, die gegen ein Elektroauto sprechen.

„Städte und Kommunen müssen die Ladeinfrastruktur flächendeckend ausbauen, um ihren Teil dazu beizutragen, die potenzielle Bereitschaft vieler Menschen für den Wechsel von Verbrenner- auf Elektroautos zu nutzen“, fordert Otto. Auch im privaten Bereich müsse die Ladeinfrastruktur durch noch mehr gesetzliche Vereinfachungen und zusätzliche finanzielle Anreize attraktiver werden.

Die ausführlichen Ergebnisse der Forsa-Umfrage gibt es unter: www.lebendige-stadt.de



Modellversuch in Bielefeld: Wie können Menschen zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen bewegt werden?

Foto: picture alliance (Schoening)

VON JOACHIM GÖRES

Mietvertrag mit Monatsticket

Zwei Wohnungsgesellschaften in Bielefeld integrieren ein stark vergünstigtes ÖPNV-Abo in ihre Mietverträge. Der Deutsche Mieterbund kritisiert das bis September 2023 laufende Modell und spricht von einer Zwangsabgabe.

Seit Oktober vergangenen Jahres läuft in Bielefeld ein besonderes Modell: Alle neuen Hauptmieter von zwei Wohnungsunternehmen bekommen automatisch ein Abonnement für den öffentlichen Nahverkehr. Damit können sie mit sämtlichen Bussen, Stadtbahnen und Nahverkehrszügen in Bielefeld fahren. Zum Angebot gehört außerdem die Nutzung von Mietfahrrädern und E-Rollern sowie Rabatt auf die Buchung von Carsharing-Pkw.

Die neuen Mieter der Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobilienleistungen BGW und der Bauge nossenschaft Freie Scholle müssen dafür monatlich 12,50 Euro zahlen, egal ob sie diese Angebote in Anspruch nehmen oder nicht. Regulär kostet ein Abo 62 Euro im Monat. Die Vermieter zahlen zudem pro Abo monatlich 2,50 Euro an die Stadtwerke-Tochter „moBial“, die in Bielefeld den Nahverkehr organisiert. BGW und Freie Scholle haben derzeit zusammen rund 1.300 Neumieter jährlich. Das personalisierte Mieter-Abo wird ergänzt durch das Mieter-Abo-Plus für weitere Mitbewohner zum Preis von jeweils 30 Euro monatlich.

Das Projekt läuft bis September 2023 – dann soll ausgewertet werden, ob sich das Mobilitätsverhalten durch das „solidarisch finanzierte Ticket“ verändert hat und das Angebot möglicherweise fortgeführt wird. Erste Zwischenergebnisse gibt es schon. Laut einer Befragung zwei Monate nach dem Einzug sind 85 Prozent sehr zufrieden mit dem Mieter-Abo. Jeder Zweite hatte vor der neuen

Mietwohnung bei der Freien Scholle bereits eine ÖPNV-Zeitkarte – die meisten von ihnen sparen durch das Mieter-Abo rund 50 Euro monatlich. Etwa jeder Dritte lässt sein Auto häufiger stehen und nutzt dafür mehr Busse und Bahnen. 15 Prozent könnten sich vorstellen, ganz auf ihr Auto zu verzichten, falls das Mieter-Abo auch nach dem September kommenden Jahres weiter angeboten wird. „Wir streben eine Verlängerung um zwei Jahre an. Falls das bundesweite 49-Euro-Ticket kommt, müssen wir allerdings nochmal neu überlegen, wie es weitergehen könnte“, sagt Martin Kaufmann, für die Siedlungs- und Projektentwicklung bei der Freien Scholle zuständig.

„Mit dem Mieter-Abo schaffen wir einen enormen Anreiz, auf den ÖPNV umzusteigen“, betont BGW-Geschäftsführerin Sabine Kubitz. Auch der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen blickt mit Interesse nach Ostwestfalen. „Eine Möglichkeit, um die Nutzung alternativer und klimafreundlicher Verkehrsmittel voranzutreiben und zu erproben, ist das bislang bundesweit einmalige Pilotprojekt Mieter-Abo“, sagt Oliver Gewand, GdW-Referatsleiter Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Raumordnung. Er erhofft sich durch die Begleituntersuchung Aufschlüsse darüber, ob so ein Angebot bundesweit sinnvoll sein könnte.

Der Deutsche Mieterbund (DMB) sieht die Sache anders und spricht von einer „Zwangsbegünstigung“ der Mieter. „Der DMB lehnt solch eine Kopplung

des Mietvertrags mit einer verpflichtenden ÖPNV-Abgabe ab“, sagt Sprecherin Jutta Hartmann. „Problematisch erscheint zudem, dass lediglich Neumieter ein verbilligtes ÖPNV-Ticket bekommen sollen, die Bestandsmieter diese Vergünstigung somit mittelbar quersubventionieren.“

BGW und Freie Scholle verweisen dagegen darauf, dass Bestandsmieter bereits seit vielen Jahren um zehn Prozent vergünstigte Fahrkarten im Rahmen des Großkunden-Abos der beiden Wohnungsunternehmen kaufen können. Bei der Freien Scholle nutzen 600 der 8.100 Mitglieder dieses Angebot. Kaufmann räumt ein, dass dieses Thema durchaus Konfliktpotenzial hat: „Nicht wenige unserer langjährigen Mieter fragen nach, warum sie nicht auch in den Genuss des Mieter-Abos für Neukunden kommen. Sie müssen wir leider enttäuschen – das wäre nur finanzierbar, wenn alle Mieter mitmachen und die Mietverträge entsprechend geändert würden. Das ist aber rechtlich nicht machbar.“

Der Verkehrswissenschaftler Michael Klier aus Dresden untersucht, inwieweit durch das Bielefelder Modell wirklich Menschen zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen bewegt werden. Er ist optimistisch – nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit einem ähnlichen Modell der kommunalen Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft. Seit 2019 gibt es für deren neue Mieter im Kreis Unna und in Hamm ein Monatsticket für ihren jeweiligen Wohnort, für das sie einen Mietaufschlag von zehn Euro monatlich zahlen – die normale Mo-

natskarte kostet rund 50 Euro. Nach den Ergebnissen einer Masterarbeit nutzen 80 Prozent der neuen Mieter das Ticket, die Nutzung der Busse der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna hat sich bei ihnen um 50 Prozent erhöht. Klier glaubt: „Wer häufiger mit dem Bus fährt, lässt öfter sein Auto stehen.“

Diese Hoffnung gibt es auch bei der kommunalen Hildesheimer Wohnungsbaugesellschaft GBG, die vor nicht langer Zeit auf einem alten Militärgelände die Siedlung Ostend errichtet hat und dort alle der 57 Wohnungen zusammen mit einem ÖPNV-Ticket vermietet. Offiziell gibt es die Monatskarte kostenlos zum Mietvertrag – allerdings liegt der Quadratmeterpreis der Wohnungen je nach Größe bei für Hildesheim stolzen 11,00 bis 16,52 Euro. Im Mietpreis enthalten ist auch die Teilnahme am E-Carsharing und am E-Bikesharing. Ob deswegen Mieter ihr Auto abschaffen? GBG-Sprecher Frank Satow will nicht übertreiben: „Tatsächlich ist es aber eines unserer Ziele, die Menschen für den Klimaschutz zu sensibilisieren und festzustellen, dass man bei so einem Angebot tatsächlich auf den Zweitwagen verzichten kann.“

Die Modelle in Unna, Hildesheim und Bielefeld können aus Sicht von Klier nicht nur zu mehr Nachhaltigkeit und einem Imagegewinn der beteiligten Wohnungsgesellschaften beitragen, sondern für sie auch wirtschaftlich interessant sein – wenn künftig weniger Pkw-Stellplätze gebraucht werden und so mehr Platz für Neubauprojekte entsteht.



Rote Mütze als Marken-
zeichen: die norwegische
Unternehmerlegende
Olav Thon (links) und Peter
Harry Carstensen, ehe-
maliger Ministerpräsident
von Schleswig-Holstein.

Zurück bringt Glück

Es begann mit dem Wunsch des norwegischen Geschäftsmanns und Immobilienentwicklers Olav Thon, eine Einnahmequelle für humanitäre Hilfe zu schaffen. Seitdem ist die Norwegische Recycling-Lotterie zu einer der Haupteinnahmequellen des Norwegischen Roten Kreuzes geworden. Jetzt startet das Konzept auch in Schleswig-Holstein, um so die Arbeit des Kinderschutzbundes zu unterstützen.

Wir schreiben das Jahr 2008 und der Immobilien- und Hotelgründer Olav Thon hatte den Traum, eine dauerhafte Einnahmequelle für wohltätige Zwecke zu schaffen, die auch für die Öffentlichkeit attraktiv und einfach zu nutzen wäre. In diesem Jahr wurde die Norwegische Recycling-Lotterie ins Leben gerufen. Eine Lotterie, bei der leere Dosen und Flaschen, die am Leergutautomaten zurückgegeben werden, zu Losen für eine Lotterie werden. Wer Glück hat, kann bis zu 100.000 Euro gewinnen.

„Es gab damals nicht viel Glauben an die Idee“, erinnert sich Olav Thon, der im Juni dieses Jahres seinen 99. Geburtstag feierte. Die Idee einer Lotterie im Leergutautomaten sei von den meisten Menschen als etwas seltsam wahrgenommen worden. Aber bereits im ersten Jahr habe man das Norwegische Rote Kreuz mit 100.000 Euro belohnen können, die alle aus den recycelten Dosen und Flaschen der Menschen stammten. „Wir waren fest von der Idee überzeugt, aber nicht alle haben das Erfolgspotenzial dieses Konzepts als Einnahmequelle

für wohltätige Zwecke gleich verstanden“, sagt Thon.

„Als Teil unserer sozialen Verantwortung sind wir stolz darauf, durch die Recycling-Lotterie fast 60 Millionen Euro für wohltätige Zwecke generiert zu haben.“

Olav Thon, norwegischer Geschäftsmann und Immobilienentwickler

Seit Beginn sind die Einnahmen jedes Jahr deutlich gestiegen. Insgesamt

hat das Norwegische Rote Kreuz inzwischen 56 Millionen Euro von der Norwegischen Recycling-Lotterie erhalten. Im Jahr 2021 waren es über 100 Millionen Kronen – 10 Millionen Euro – aus einem Land mit nur 5,5 Millionen Einwohnern.

„Die Recycling-Lotterie ist zu einer wesentlichen Einnahmequelle für unsere Arbeit in Norwegen geworden“, sagt Thor Inge Sveinsvoll, der Präsident des Norwegischen Roten Kreuzes. „Die Einnahmen stärken nicht nur die Bereitschaft unserer Freiwilligen, sondern auch unsere Aktivitäten in den Gemeinden im ganzen Land. Wir sind sehr dankbar, dass Menschen sich dafür entscheiden, uns durch die Teilnahme an der Lotterie zu unterstützen. Diese Beiträge ermöglichen es uns, Aktivitäten zu initiieren, die ohne sie nicht möglich wären“, sagt Sveinsvoll.

Norwegische Idee als Vorbild für Schleswig-Holstein

Diese norwegische Idee soll nun auch



Mit leeren Flaschen und Dosen Gutes tun: Die Pfandlotterie soll die humanitäre Arbeit des Kinderschutzbundes in Schleswig-Holstein unterstützen.

an Leergutautomaten in Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Die Spendeneinnahmen gehen an den Kinderschutzbund als Premiumpartner der Lotterie. „Das sind fantastische Neuigkeiten, und wir freuen uns darauf, in Zukunft noch mehr Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützen zu können“, sagt Irene Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes in Schleswig-Holstein.

Der Kinderschutzbund ist Deutschlands größte Kinderschutzorganisation. In Schleswig-Holstein engagieren sich über 3.200 Mitglieder, 800 Ehrenamtliche und 870 Hauptamtliche in 28 Orts- und Kreisverbänden. Der Kinderschutzbund ist die Lobby für Kinder in Deutschland. Sein Ziel ist es, dass Kinder gute Lebensbedingungen haben und in einer kinderfreundlichen Gesellschaft aufwachsen.

„Als Kinderschutzbund helfen wir immer da, wo die Not am größten ist“, so Johns. „Wir engagieren uns für die Rechte von Kindern, damit ihre Bedürfnisse und Belange bei allen sie betreffenden Entscheidungen gehört und berücksichtigt werden.“ Zentral für die Arbeit sei der Abbau von Kinderarmut. „Wir setzen uns für ein Aufwachsen von Kindern in Gewaltfreiheit ein – durch einen konsequenten Schutz vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt jeder Art. Um unsere Aktivitäten im ganzen Land aufrechtzuerhalten und um dort, wo es nötig ist, neue und wichtige Maßnahmen zu initiieren, sind diese Einnahmen von entscheidender Bedeutung“, erklärt Johns.

Die Deutsche Pfandlotterie hat ihre Lizenz in Schleswig-Holstein erhalten,

und Vereinbarungen zwischen Händlern und Supermärkten werden verhandelt, bevor die Recycling-Lotterie an die bestehenden Rücknahmeautomaten verteilt wird. Geschäftsführer der Deutsche Pfandlotterie gGmbH ist der frühere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Peter Harry Carstensen. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, die Recyclinglotterie nach Schleswig-Holstein zu holen.

„Der Kinderschutzbund leistet vor Ort so wichtige Arbeit, und ich hoffe, dass die Pfandlotterie eine Möglichkeit für Menschen wird, zu ihren lokalen Aktivitäten beizutragen.“

Dr. Peter Harry Carstensen, ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

„Seit ich vor vielen Jahren das erste Mal von der norwegischen Pfandlotterie gehört habe, glaubte ich daran, dass sie auch für Kinder und Jugend-



Vorbild Norwegen: Die Recycling-Lotterie hat sich dort zu einem Erfolgsmodell entwickelt.

liche hier in Schleswig-Holstein etwas bewegen kann“, sagt Carstensen. Der Kinderschutzbund leiste vor Ort wichtige Arbeit und er hoffe, „dass die Pfandlotterie eine Möglichkeit für Menschen wird, zu ihren lokalen Aktivitäten beizutragen. Meiner Meinung nach ist dies eine großartige Gelegenheit für die Menschen vor Ort, die eine gute Sache unterstützen wollen, und für die Kinder und Jugendlichen vor Ort, die Hilfe benötigen“, so Carstensen.

Carstensen steht seit vielen Jahren in Kontakt mit der Norwegischen Recycling-Lotterie bezüglich des Potenzials in Schleswig-Holstein. Er hat Norwegen besucht und eine gründliche Einführung in die Funktionsweise der Lotterie erhalten. Er ist beeindruckt, wie ein so einfaches System so enorme Wohltätigkeitseinnahmen erzielen kann.

„Die Zusammenarbeit zwischen Wohltätigkeitsorganisationen, Supermärkten und Automatenherstellern, die zum Erfolg beigetragen haben, ist beeindruckend. Darauf arbeiten wir hier in Schleswig-Holstein hin, um die Lotterie zum Laufen zu bringen, damit der Kinderschutzbund sein Potenzial zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen vor Ort ausschöpfen kann“, sagt Carstensen.

Und das Lotterie-Konzept am Leergutautomaten soll nicht allein auf Schleswig-Holstein begrenzt bleiben. Auch andere Bundesländer interessieren sich bereits für das Modell. Carstensen: „Ziel ist es, die Idee auszuweiten und zu zeigen, dass leere Dosen und Flaschen eine wertvolle Unterstützung für die humanitäre Hilfe sein können.“

Attraktiver Eingang zur Innenstadt: das neugestaltete Bahnhofsviertel in Wuppertal.



Hell, sicher und sauber: der zentrale Busbahnhof am Wuppertaler Hauptbahnhof.



Fotos: Stadt Wuppertal / Axel Hartmann (Architektur: JSWD) / picture alliance (Jochem Tack)

Abschlussbericht: (von links) KoSID-Projektleiter Dr. Tim Lukas und die Teammitglieder Saskia Kretschmer und Benjamin Coomann überreichen das Handbuch an Wuppertals Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Schneidewind.

Erfolgsmodell für mehr Sicherheit

Innere Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie sich diese in einer Stadt gemeinsam angehen lässt, zeigt die „Kooperation Sicherheit Innenstadt/Döppersberg“ am Beispiel von Wuppertal. Die Ergebnisse des Projekts, das von der Stiftung „Lebendige Stadt“ gefördert wurde, sind jetzt in einem Handbuch zusammengefasst.

Das Besondere: Unter Leitung der Bergischen Universität Wuppertal agierte ein Projektverbund als Sicherheitskooperation und Forschungsprojekt zugleich. Die Ergebnisse der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen Akteuren aus Sozial- und Stadtplanung, Verkehrsbetrieben, Wirtschaft, Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie der Wissenschaft präsentieren die Verantwortlichen nun in einem Projekthandbuch. Dieses könnte auch für andere Städte zu einem hilfreichen Wegweiser werden.

Ausgangssituation: Vor vier Jahren wurde in Wuppertal das neue Bahn-

hofareal – der „Neue Döppersberg“ – eröffnet. Früher als Angstraum wahrgenommen, sollte die Umgestaltung auch das Image des Bereichs verändern. Um dieses Ziel nicht dem Zufall zu überlassen, bildete sich 2019 auf Initiative der Wuppertaler Polizei und unter Leitung der Bergischen Universität die „Kooperation Sicherheit Innenstadt/Döppersberg“ (KoSID). Finanziell unterstützt wurde das Projekt durch das Land Nordrhein-Westfalen, die Kommune und die Stiftung „Lebendige Stadt“.

Im Rahmen des Vorhabens verständigten sich die Partner darauf, gemeinsam Strategien und Maßnahmen für

die nachhaltige Förderung von Sicherheit und Ordnung am Neuen Döppersberg zu entwickeln. Die Herausforderung dabei war groß: viele Partner bedeuten viele Interessen. Ob Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibende, wohnungslose Menschen, Ordnungshüterinnen und -hüter oder auch Reisende – sie alle galt es, mit ihren Erwartungen und Bedürfnissen zu berücksichtigen.

Neutrale Vermittlerrolle

Dabei nahm der Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität eine wichtige Rolle ein: Er trat

nicht nur als neutraler Vermittler auf, sondern sorgte mit seiner wissenschaftlichen Begleitforschung vor allem für eine abgesicherte und nachhaltige Maßnahmenplanung.

Nach drei Jahren Projektarbeit ziehen die Beteiligten eine positive Bilanz: In einer vom Lehrstuhl durchgeführten Bevölkerungsbefragung gaben 87 Prozent der Befragten an, sich bei Tag am Döppersberg eher oder sehr sicher zu fühlen. Immerhin 43 Prozent der Befragten gaben das auch für die Nacht an.

„Die KoSID war eben deshalb erfolgreich, weil so viele Teilnehmerinnen

und Teilnehmer mit ‚gemacht‘ und mit ‚gedacht‘ haben“, beschreibt Wuppertals Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Schneidewind das Erfolgsrezept. Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, betont zudem die Vorbildfunktion des Projekts: „Die in Wuppertal entstandene Sicherheitskooperation basiert auf einem breiten gesellschaftlichen Ansatz und liefert ein konkretes Best-Practice-Beispiel, wie mit bedarfsgerechten Maßnahmen das Sicherheitsempfinden in spezifischen Sozialräumen gesteigert werden kann.“

Mit einem Methodenmix, der auch kreative Beteiligungsformate für Bür-

gerinnen und Bürger umfasste, gelang es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ein Gespür für die Situation vor Ort zu entwickeln und daraus gemeinsam mit den Projektpartnern die richtigen Schlüsse zu ziehen.

„Das Projekt hat gezeigt, welchen enormen Mehrwert die Einbeziehung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse für die Gewährleistung von Sicherheit und Sicherheitsgefühlen in öffentlichen Räumen haben kann“, erklärt Projektleiter Dr. Tim Lukas, der das Vorhaben gemeinsam mit Saskia Kretschmer und Benjamin Coomann vonseiten der Universität begleitet

hat. Die Erfolge führen dazu, dass die im Rahmen der Zusammenarbeit erprobten Methoden zukünftig in den etablierten Strukturen weitergeführt und im gesamten Stadtgebiet Anwendung finden werden.

Darüber hinaus sind die Projektbeteiligten überzeugt, dass von den Erkenntnissen nicht nur Wuppertal profitieren kann. Tim Lukas: „Wir erhoffen uns von der ansprechenden Abschlusspublikation, dass die Ergebnisse des Projekts auch in anderen Städten Anwendung finden.“



Das Handbuch ist zum Download verfügbar unter: www.lebendige-stadt.de.



Fahrradweg unter einem U-Bahn-Viadukt: Berlin will sein Radnetz kräftig ausbauen.

VON ANDREA PEUS

Ein Traum für Radler

Unter dem denkmalgeschützten Hochbahnviadukt der U1 könnte Berlins erste überdachte Fahrradbahn entstehen. Geschützt vor Wetter und Verkehr soll es für die Radler einmal quer durch die Stadt gehen. Viele Berliner sind von der Idee begeistert, doch es gibt auch Bedenken.

Noch ist es eine Vision. Ein Radweg, der mitten durch Berlin Kreuzberg unter dem denkmalgeschützten Hochbahnviadukt der U1 entlangführt, vorbei an Sitzgelegenheiten, bunten Blumenbeeten, begrünten Parkbuchten und „Coffee To Ride“-Shops. Es wäre der erste überdachte Radweg, der die Berliner – geschützt vor Wind, Wetter und Autoverkehr – quer durch die Stadt bringt. Ginge es nach einem kleinen Team von Architekten und

Städteplanern, könnte sich dieser schon bald über drei Berliner Bezirke erstrecken. Genaugenommen vom Bahnhof Zoo bis hin zur Warschauer Straße.

Das Timing ist perfekt. Denn auch Berlin hat sich dem Klimaschutz verschrieben und will bis 2030 sein stadtweites Radnetz kräftig ausbauen. Seit 2019 fördern der Bund und das Land die „Radbahn“ bereits mit insgesamt 3,3 Millionen Euro, um

Fotos: picture alliance (Annette Ricoll)



Aktionstag: Auf einer 200 Meter langen Teststrecke wurde die „Radbahn“ unter dem U-Bahn-Viadukt vorgestellt.

unter anderem mit Machbarkeitsstudien herauszufinden, ob und wie der Fahrradweg gebaut werden kann. Und auch die Fahrradlobby stellt sich hinter das charmante Projekt. „Sicher, es birgt einige Herausforderungen“, sagt Lisa Feitsch, Sprecherin des ADFV Berlin. „Doch die Radbahn ist ein sehr innovatives Vorhaben. Ein überdachter Radweg würde Berlin gut stehen.“ Zumal es den Planern auch darum geht, ungenutzte Räume wie die unter der U1 in Orte der Begegnung zu verwandeln. Wo bislang ausrangierte Möbel, leere Flaschen, Partyvolk und viele Tauben im bunten Nebeneinander existierten, soll ein Ort des „Aufatmens im oftmals chaotischen Stadtgewühl“ entstehen, so das Konzept.

Vorzeigeprojekt der Mobilitätswende oder „Schnapsidee“?

Doch davon ist das Trassen-Projekt aktuell noch weit entfernt, was nicht nur an den aufwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren liegt. Es gibt auch viele Fragen zum Verlauf der Strecke. So ist der Radweg, der zwischen den Hochbahnstützen an manchen Stellen nur zwei Meter breit ist, eigentlich zu schmal.

Dem Berliner Mobilitätsgesetz zufolge muss ein sicherer Radweg 3,50 Meter breit sein. Und auch in der Bevölkerung ist das Projekt nicht unumstritten. Viele Anwohner bezeichnen die Planung als „Schnapsidee“. Man lasse sich die letzten Freiräume in der Stadt nicht nehmen, heißt es. Auf steigende Mieten könne man verzichten und dann ist da ja auch noch die Frage: Wo bleiben die Tauben? Und wo die Obdachlosen, die unter der Trasse ihre Zelte aufgebaut haben?

Matthias Heskamp, selbst Radfahrer und Teil des Teams „Reallabor Radbahn“, nimmt die Kritik gelassen. Schließlich brauche es Visionen, um eine Stadt zu verändern. Wie diese aussehen könnten, hat das Reallabor im August auf einem etwa 200 Meter langen Testparcours unter der U1 mit einfachen Mitteln aufgezeigt. „Kein Radschnellweg, sondern eine Strecke zum langsamen Fahren“, erklärt Heskamp das Konzept, das auch kleine Geschäfte und Treffpunkte am Rande des Radwegs beinhaltet. „Wir müssen einen neuen Lebensstil rund ums Radfahren entwickeln“, so Heskamp. Das Projekt sei für ihn daher vor allem eine Initialzündung für eine Diskussion über die Radinfrastruktur in Berlin.



Förderung für den Behindertensport: Verleihung des Werner-Otto-Preises 2022 im Hamburger Rathaus.



Gewinner: Der Hamburger Sport-Verein e.V. hat sein Inklusionsangebot um ein Amputierten-Fußballteam erweitert.



Der Eimsbütteler TV organisiert inklusive Schwimmgruppen.



Kleinstes Hotel der Welt: das „Eh'häusl“ in der Altstadt von Amberg.



LEBENDIGE STADT

Oben: Das zweieinhalb Meter breite Mini-Hotel bietet Komfort auf sechs versetzten Ebenen.



„Pier 57“: Am Hudson River in New York ist auf dem Dach einer renovierten Landungsbrücke ein neuer Park entstanden.

Stadtnachrichten

Werner-Otto-Preis fördert Behindertensport

Die Alexander-Otto-Sportstiftung hat zum zwölften Mal den Werner-Otto-Preis im Hamburger Behindertensport verliehen. Gewinner ist der Hamburger Sport-Verein e.V., der 2021 seine Inklusionssportabteilung um eine Amputierten-Fußballmannschaft erweitert hat. Das Team nimmt in einer Spielgemeinschaft mit Berlin und Braunschweig am bundesweiten Ligabetrieb teil. Der von der Alexander-Otto-Sportstiftung ausgeschriebene Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. Mit jeweils 5.000 Euro verbundene Anerkennungen erhielten der Eimsbütteler

TV für seine inklusiven Schwimmgruppen, der Norddeutsche Regattverein für seine Segelangebote für Blinde und Sehbehinderte sowie der SOV Lüneburg, der auch Rollstuhlfahrern Stand-Up-Paddeling ermöglicht.

Neuer Dachterrassenpark am Hudson River

Auf dem Dach einer renovierten Landungsbrücke am Hudson River ist in New York ein neuer Park entstanden. Die rund 8.000 Quadratmeter große Grünanlage namens „Pier 57“ bietet Rasen, Blumen, Sitzbänke und eine Panorama-Aussicht über Manhattan und auf den Bundesstaat New Jersey

auf der anderen Seite des Flusses. In dem Gebäude darunter befinden sich unter anderem ein Restaurant und Büros des Tech-Konzerns Google. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche der nicht mehr genutzten und vielfach verfallenen Landungsbrücken an den Gewässern in New York zu öffentlichen Parks umgewandelt worden.

Das kleinste Hotel der Welt

Es gilt als kleinste Hotel der Welt: das „Eh'häusl“ in der Altstadt von Amberg. Seit fast drei Jahrhunderten dient das nur zweieinhalb Meter breite Häuschen als Mini-Herberge speziell für

Brautpaare. Gebaut wurde es 1728, um einen Erlass des damaligen bayerischen Kurfürsten Karl Albrecht zu umgehen. Dieser hatte den Nachweis von Grundbesitz zur Voraussetzung für eine Heirat gemacht. Heiratswillige konnten das Mini-Haus erwerben, so ihren Grundbesitz nachweisen und es nach der Hochzeit weiterverkaufen. Seit Ende der 1970er Jahre wird das „Eh'häusl“ als Hotel genutzt. Das Zwei-Personen-Haus bietet seinen Gästen heute auf sechs versetzten Ebenen und insgesamt rund 55 Quadratmetern großzügigen Komfort, inklusive offenem Kamin, Whirlpool und einem Roten Salon.

Emscher-Umbau: Zurück zur Natur

Die Emscher entspringt in Holzwickede bei Dortmund, durchquert das Ruhrgebiet von Ost nach West und mündet nach 83 Kilometern in Dinslaken in den Rhein. Über 170 Jahre lang wurde das Gewässer als offener Abwasserfluss genutzt. Vor 30 Jahren startete dann der Umbau: Der Fluss wurde allmählich von Dreckzuflüssen befreit. Die Umgestaltung des Emschersystems mitsamt seinen 35 Nebenflüssen und -bächen gilt als eines der größten Infrastrukturprojekte Europas und kostete mehr als 5,5 Milliarden Euro. Gebaut wurden unter

anderem vier Großkläranlagen, 430 Kilometer Abwasserkanäle und drei große Pumpwerke. Mehr als 150 Kilometer an Flusslandschaften wurden renaturiert, rund 130 Kilometer an neuen Radwegen geschaffen. Bis 2027 soll der naturnahe Umbau des Gewässers und seiner Nebenflüsse endgültig abgeschlossen sein.

Paris zeigt große Munch-Schau

Mehr als 100 Werke aus einer über 60-jährigen Karriere: Damit will das Pariser Orsay-Museum zeigen, dass sich Edvard Munch nicht nur auf sein berühmtes Bild „Der Schrei“ reduzie-

ren lässt. Wie die Kuratorin Claire Bernardi sagte, wolle man die gesamte künstlerische Entwicklung des norwegischen Malers zeigen, denn die Komplexität seines Schaffens sei weitgehend unbekannt. Die bis zum 22. Januar dauernde Ausstellung „Un poème de vie, d'amour et de mort“ (Ein Gedicht über Leben, Liebe und Tod) ist in Zusammenarbeit mit dem Munch-Museum in Oslo entstanden.

Beliebteste Attraktion Deutschlands

Auszeichnung für das Miniatur Wunderland in Hamburg: Die „größte Modelleisenbahn der Welt“ ist Deutsch-

lands beliebteste Sehenswürdigkeit. Das geht aus einer Online-Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. hervor. Hinter dem Miniatur Wunderland rangieren der Europa-Park Rust und Rothenburg ob der Tauber auf den Plätzen zwei und drei. Dahinter folgen Schloss Neuschwanstein, das Phantasialand Brühl, die Hauptstadt Berlin, der Nationalpark Schwarzwald, das Kriminalmuseum Rothenburg ob der Tauber, Dresden und das Moseltal. Gewählt wurden die 100 beliebtesten Reiseziele in Deutschland von 15.000 internationalen Besuchern aus 30 Ländern im Zeitraum Dezember 2021 bis Juni 2022.

Bündnis bezahlbarer Wohnraum



Klara Geywitz ist Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Immer mehr Menschen in Deutschland finden nur sehr schwer eine Wohnung, die sie sich leisten können, und deshalb braucht es dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Das ist eine der entscheidenden gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit.

Das neue Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat sich dieser Aufgabe angenommen und hierfür gleich im Frühjahr dieses Jahres alle beteiligten Akteure zu einem großen Bündnis bezahlbarer Wohnraum eingeladen. Hierzu zählten Vertreterinnen und Vertreter der Bau- und Wohnungswirtschaft, der Architekten und Ingenieure, der Länder und Kommunen, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft wie zum Beispiel Verbände, die sich für Mieterschutz, Wohnungslose und Naturschutz einsetzen.

Mit all diesen sehr unterschiedlichen Akteuren haben wir in den vergangenen Monaten intensiv zusammengearbeitet – und oft auch kontrovers diskutiert. Es ist ein wichtiges Signal, dass sie sich alle hinter der gemeinsamen Aufgabe versammelt haben, die durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine noch wichtiger geworden ist. Schließlich treffen die Zunahme von Kostensteigerungen, Lieferengpässe und Fachkräftemangel noch zusätzlich auf die ohnehin schon vorhandenen Herausforderungen im Wohnungsbau. Gleichzeitig brauchen wir mehr Wohnungen, um den Menschen Schutz zu bieten, die wegen des Krieges zu uns geflohen sind.

Die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit haben wir am 12. Oktober 2022 gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz vorgestellt:

Es liegt nunmehr eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive vor, aus 187 Einzelmaßnahmen, die direkt umgesetzt werden oder bei denen sich die Bündnismitglieder die weitere Bearbeitung verbindlich vorgenommen haben. Keine der beschlossenen Maßnahmen kann diese große Herausforderung allein be-

wältigen, aber sie greifen ineinander wie Zahnräder in einem Getriebe.

Alle Bündnis-Mitglieder sind sich darin einig, beim Wohnungsbau Klima- und Umweltschutz künftig stets mitzudenken und den Abbau von Barrieren zu einem Qualitätsstandard zu machen.

Rekordsumme für den sozialen Wohnungsbau

Der Bund wird für den sozialen Wohnungsbau bis zum Jahr 2026 die Rekordsumme von 14,5 Milliarden Euro bereitstellen. Die bedarfsgerechte Kofinanzierung und der vollständige Mittelabruf durch die Länder wurden unter dem Dach des Bündnisses verankert. Und ab dem 1. Juli nächsten Jahres wird die lineare AfA für die Abschreibung von Wohngebäuden von 2 auf 3 Prozent erhöht.

Die Anforderungen im Ordnungsrecht (Gebäudeenergiegesetz – GEG) werden weiterentwickelt. Der Bund wird Anfang 2023 das Förderprogramm „Klimafreundliches Bauen“ auf den Weg bringen, das sich stärker am Lebenszyklus von Gebäuden ausrichtet.

Vorfahrt für serielles und modulares Bauen

Und für einen zügigen Wohnungsbau wichtig: Damit serielles und modulares Bauen in größerem Umfang angewendet wird, wird angestrebt, dass bereits einmal erteilte Typengenehmigungen bundesweit gelten können. Ziel ist, entsprechende Regelungen in den Landesbauordnungen zu verankern.

Um Kommunen besser in die Lage zu versetzen, strategisch Boden bevorzugen zu können, sollen kommunale und regionale Bodenfonds errichtet werden. Kommunale digitale Potenzial- und Brachflächenkataster sollen zeigen, wo das notwendige Bauland vorhanden ist. Und schließlich soll die Einrichtung einer Geschäftsstelle zur Folgekostenabschätzung in Normungsprozessen unter anderem dafür sorgen, dass Baukosten begrenzt werden.

All diese Maßnahmen werden wir im Bündnis bezahlbarer Wohnraum nun Schritt für Schritt umsetzen und durch ein kontinuierliches Monitoring begleiten; wir werden Bilanz ziehen und gegebenenfalls nachsteuern, um möglichst schnell, möglichst viele bezahlbare und klimagerechte Wohnungen zu schaffen.



Bezahlbares Bauen und Wohnen: Pilotprojekt zur Aufstockung von Plattenbauten in Berlin.



Bundesministerin Klara Geywitz und Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“, beim Kanzlergipfel zum Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen.

BEST PRACTICE FÜR EINE LEBENDIGE STADT

In ihrer Schriftenreihe thematisiert die Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Societäts-Verlag städtebauliche Themen und greift „Best-Practice-Beispiele“ auf, um sie publik zu machen.
Die Bücher können auf der Homepage www.lebendige-stadt.de kostenfrei heruntergeladen werden.

